

ANTIFAJUGENDINFO FÜR PANKOWPBERGWEISSENSEE // JANUAR 2007

ROSEN AUF DEN WEG GESTREUT

AUSGABE01

**NAZISTRUKTUREN IN PANKOW // IMMER WIEDER
HEINERSDORF // REPRESSION GEGEN LINKE**



Inhalt:

Liebe Leserin, Lieber Leser,

schön dass Ihr dieses Heft nicht gleich wieder weggeschmissen und sogar die erste Seite aufgeschlagen habt, ihr werdet's nicht bereuen! In Euren Händen haltet Ihr die erste Ausgabe des Antifa-Jugendinfos „*Rosen auf den Weg gestreut*“, das ab jetzt regelmäßig erscheinen soll. Dieses Heft wird von verschiedenen Gruppen aus dem Nordosten Berlins herausgegeben, deren gemeinsamer Nenner darin besteht, dass sie keinen Bock auf Nazis, Nationalismus und Rassismus haben. Da es alleine sehr schwer ist, etwas auszurichten, haben wir (SchülerInnen, Azubis, StudentInnen) uns in verschiedenen Gruppen organisiert, um den immer aggressiver auftretenden Nazis, aber auch dem ganz alltäglichen Rassismus und Nationalismus etwas entgegenzusetzen. Mit der „*Rosen auf den Weg gestreut*“ wollen wir dazu beitragen, dass rechte Tendenzen in der Schule, im Kiez und in der ganzen Gesellschaft schneller und besser erkannt werden, aber auch die eine oder andere Anregung geben, was mensch selber tun kann. Außerdem findet Ihr hier eine Menge heißer Tips für interessante Veranstaltungen, Demos, Parties und Konzerte in eurer Nähe. Die Beiträge geben jeweils nur die Meinung der unterzeichnenden Gruppe wieder. Ziemlich viel Brainfood auf einmal, aber Ihr habt ja ein bisschen Zeit zum schmökern. Bis dahin, viel Spaß beim Lesen. Vielleicht sehen wir uns ja auf einer der angekündigten Veranstaltungen!

Antifaschismus //

- 3 :: Prenzlauer Berger Erklärung [IOK]
- 4 :: Interview mit der *Initiative Offener Kiez*
- 6 :: Nazistrukturen in Pankow [EAG]
- 10 :: Deutsche Opfermythen sind zum Kotzen [AAPB]
- 12 :: Antifa & Staat [Jusos Nordost]
- 14 :: Erfahrungsberichte von SchülerInnen aus Pankow [ASV]
- 16 :: Chronik rechter Aktivitäten im Bezirk
- 17 :: Vorstellung des VVN-BdA

Heinersdorf-Spezial //

- 18 :: Die Gemeinde Ahmadiyya Muslim Jamaat [Heinersdorf Bündnis]
- 20 :: Heinersdorf-Rassismus [EAG]

Kultur //

- 24 :: Hiphop und Sexismus [AAPB]
- 28 :: System Schule - Schulsystem [Antifa Bernau]
- 28 :: Kältür
- 29 :: Thor Steinar stinkt [AAPB]
- 30 :: Termine
- 31 :: Links

Euer Jugendinfo-Redaktionsteam

PRENZLAUER BERGER ERKLÄRUNG

BÜRGERINNEN GEGEN RECHTE STRUKTUREN IM KIEZ

PRENZLAUER BERG IST BEKANNT FÜR SEINE ALTERNATIVE UND TOLERANTE ATMOSPHÄRE

Prenzlauer Berg ist ein Bezirk, der sich in den vergangenen Jahren immer wieder verändert hat. Hier leben verschiedene Generationen, Menschen mit und ohne Arbeit, Familien und Alleinstehende, Menschen unterschiedlicher Religionen und Lebensphilosophien friedlich miteinander.

Schon zu DDR-Zeiten entwickelte sich eine alternative oppositionelle Szene in diesem Stadtteil und auch heute noch existieren hier verschiedene Wohn- und Lebensformen nebeneinander. Ebenso etablierte sich eine vielfältige homosexuelle Szene sowie eine abwechslungsreiche Kultur- und Klublandschaft.

Die Attraktivität des Bezirks zeigt sich auch darin, dass Menschen aus der gesamten Bundesrepublik, Europa und der Welt nach Prenzlauer Berg kommen, um hier zu leben, zu arbeiten oder zu Besuch zu sein.

VON VIELEN ABER NOCH UNBEMERKT MACHEN SICH AUCH HIER RASSISTISCHE UND FASCHISTISCHE TENDENZEN BREIT

Immer wieder werden Menschen verbal und körperlich angegriffen und bedroht, weil sie anders aussehen. Vorurteile treffen Menschen, weil sie anders glauben oder leben.

Menschen werden aufgrund ihrer Hautfarbe oder Herkunft als Drogendealer oder Kriminelle verdächtigt,

dürfen bestimmte Kneipen nicht betreten und unterliegen schärfsten Kontrollen durch die Polizei. Menschen werden von Plätzen vertrieben, weil sie nicht ins „schöne“ Stadtbild passen.

Prenzlauer Berg wird gezielt von Neonazis besetzt, indem sie ihn als Ort ihrer Aufmärsche auswählen, hier Plakate kleben, Parolen schmierern oder am helllichten Tag Flugblätter verteilen. Sowohl rechtsextremistische Organisationen als auch feste Strukturen, Treffpunkte und Läden gibt es bereits in unserer Nachbarschaft.

WIR DENKEN, ES IST HÖCHSTE ZEIT DAGEGEN AUFZUTRETEN

Wir stellen uns gegen jede menschenverachtende Abwertung, Propaganda und andere Formen von Gewalt sowohl hier in unserem Stadtbezirk als auch anderswo.

Wir lassen nicht zu, dass die Menschen, die hier wohnen, die mit uns arbeiten oder zu Besuch sind, ausgegrenzt, beschimpft und verprügelt werden.

Wir werden nicht wegschauen, sondern konsequent dagegen einschreiten.

**WIR STEHEN GEMEINSAM FÜR EINEN OFFENEN KIEZ,
FÜR MENSCHLICHKEIT UND EIN FRIEDLICHES MITEINANDER.
GEGEN JEDE FORM VON RASSISMUS UND FASCHISMUS!**



INTERVIEW

Steffi (17) traf sich mit Andreas (34) von der Initiative Offener Kiez (IOK) und sprach mit ihm über die Arbeit der Initiative.

S: Was ist die IOK?

A: Die IOK ist die „Initiative Offener Kiez“, wir sind eine BürgerInneninitiative. Wir haben uns im Dezember 2005 als Reaktion auf die vielen Naziaufmärsche im Bezirk gegründet. Damals haben wir viele Flugblätter verteilt und darin die Leute zu einem offenem Meeting in das „Haus der Demokratie“ eingeladen. Es kam etwa 30 bis 40 interessierte BürgerInnen und die IOK wurde geboren. Am selben Abend versammelten sich auch ca. 20 Mitglieder der Neo-Nazi Szene vor dem Haus der Demokratie. Zum Glück gab es einige Menschen aus dem darunter liegenden Cafe, die die Neo-Nazis frühzeitig gesehen haben und das Tor zum Hof abgeschlossen haben bis die Polizei kam.

sche Nazis waren das nicht, sie sahen für uns BürgerInnen eher wie linke Autonome aus.

S: Wie ist es dann weitergegangen?

A: Darauf hin haben wir eine interne Informationsveranstaltung in Zusammenarbeit mit der „Netzwerkstelle Moskito“ sowie der „Mobilen Beratungsstelle gegen Rechts“ und „APABIZ“, vorbereitet und durchgeführt. Danach, hatten wir eine etwaige Vorstellung, wie und wo Neo-Nazis heute auftreten.

Innerhalb der Gruppe diskutierten wir über Probleme, die uns in diesem Zusammenhang beschäftigen. So starteten wir unser erstes Projekt: In der „Grünen Stadt“ (Gebiet südöstlich des Thälmann-Parks/John-Scheer-Str.) sind die meisten Straßen nach AntifaschistInnen benannt. Die Straßenschilder, vielmehr die darunterhängenden Zusatzschilder wurden am 8. Mai des Vorjahres von Neo-Nazis zerstört. Mithilfe von Plakaten, machten wir die BewohnerInnen des Viertels darauf aufmerksam und baten um offene Augen und Ohren.

S: Das klingt ja gut! Was habt ihr noch so gemacht?

A: Wir haben eine große Rolle bei der bürgerlichen Mobilisierung gegen den Naziaufmarsch in Prenzlauer-Berg im September 2006 gespielt. Aus unserer Sicht waren wir recht erfolgreich, weil endlich nach einigen Jahren ein breites Spektrum von AnwohnerInnen informiert und bei den friedlichen

Wir sind „Antifaschistinnen“ nur insofern, dass wir als BürgerInnen uns gegen faschistische Tendenzen und Strukturen organisieren. IOK

S: Habt ihr keine Angst gehabt weiterzumachen?

A: Nein, wir haben schon einen Schreck bekommen, aber es hat uns eher motiviert weiterzumachen. Wir haben uns getroffen, um etwas gegen Naziaufmärsche zu tun aber der Besuch hat uns gezeigt, dass die Neo-Nazis nicht nur hier demonstrieren, sondern hier auch Strukturen und eine erhebliche Mobilisationskraft haben. Zudem waren wir erschrocken, dass die Neo-Nazis vom Aussehen als solche nicht zu erkennen waren: Kli-



Gegenprotesten aktiv waren. Weiterhin hat uns die Thematik rund um Heinersdorf und den Bau einer Moschee sehr beschäftigt. Das Auftreten und die „Anti-Moschee-Haltung“ vieler Heinersdorfer BürgerInnen, sowie die dort entstandene „Initiative Pankow-Heinersdorfer Bürger (IPAHB)“ empfinden wir als intolerant und rassistisch. Mit Transparenten, Argumenten und manchmal auch lautem Gebrüll haben wir uns dem rassistischen Auftreten dieser „Bewegung“ entgegengestellt. Um es noch einmal auf den Punkt zu bringen, „wir sind keine pro-Moschee Gruppe“, sondern eine, die sich gegen die rassistische Politik der Heinersdorfer MoscheegegnerInnen wehrt.

S: In einigen Jugendclubs und vielen Kneipen habe ich die „Prenzlauer-Berger-Erklärung“ gesehen. Die kommt auch von euch! Was hat es damit auf sich?

A: Wir wenden uns mit dem Plakat an die Öffentlichkeit, um die BewohnerInnen des Bezirkes zu informieren. Für viele noch unbemerkt machen sich auch im Prenzlauer Berg rassistische und faschistische Tendenzen breit. Auch in dem als alternativ und tolerant bekannten Kiez kommt es zu Angriffen, rechten Sprühereien. Es werden Menschen, die nicht ins rechte Weltbild passen, angepöbelt und diskriminiert. Mit der Plakataktion möchte die Initiative für die Problematik sensibilisieren, sowie eine

Auseinandersetzung zu rechten Erscheinungsformen im Kiez anstoßen. Kneipiers, Ladenbesitzer und Verantwortliche in Vereinen, Schulen und Ämtern sind dazu aufgefordert, dieses Engagement aktiv zu unterstützen, indem sie das Plakat sichtbar in ihren Läden und Einrichtungen anbringen und so Stellung beziehen.

S: Und arbeitet ihr mit den Antifa-Gruppen aus dem Nordosten Berlins zusammen?

A: Wir sind „Antifaschistinnen“ nur insofern, dass wir als BürgerInnen uns gegen faschistische Tendenzen und Strukturen organisieren. Das bedeutet, dass es viele Überschneidungen gibt - häufig sind wir gemeinsam auf Demonstrationen und bekommen viele Infos aus Antifa-Broschüren usw.. Was uns unterscheidet ist, dass wir eine für alle BürgerInnen offene Gruppe sind. Zu vielen Themen haben wir durchaus unterschiedliche politische Meinungen. Antifa-Gruppen teilen meistens eine kommunistische oder anarchistische Gesellschaftskritik. Bei uns darf der CDU Wähler genauso wie die PDS-Unterstützerin teilnehmen, insofern es unsere antifa-schistische Arbeit nicht beeinflusst.

S: Denkt ihr das diese bürgerliche Arbeit eine Alternative zu der antifaschistischen Politik ist?

A: (lacht) Wir würden nie behaupten, dass unsere Arbeit die Richtige ist. Aber als Parallele bzw. Alternative zur

Antifa-Politik kann sie nicht falsch sein. Und wir arbeiten ja auch nicht gegeneinander!

S: Was habt ihr in Zukunft vor?

A: Seit kurzem arbeiten wir zusammen mit dem Netzwerk Pankow gegen Fremdenfeindlichkeit, in dem auch viele VertreterInnen aus der BVV sowie einigen anderen Initiativen aus dem Berliner Nordosten sitzen. Vielleicht können wir mit dessen Hilfe noch einiges auf die Beine stellen. Ansonsten werden wir uns noch weiter mit der Prenzlauer-Berger-Erklärung auseinandersetzen und weiterhin dazu aufrufen uns beim Aufhängen und Verteilen dieser Erklärung zu unterstützen. In erster Linie haben wir uns die Aufgabe gestellt, die BürgerInnen des Bezirkes für antifaschistische Politik zu sensibilisieren und was gegen Neo-Nazis zu tun, ob es nun in einer BürgerInni oder der Antifa ist.

S: Danke für das interessante Interview und eure Zeit.

A: Ja, wir bedanken uns auch. Wir machen gerne mit dir dieses Interview, weil es für uns wichtig ist unsere Erklärung darzustellen. Vielleicht wirkt es für einige LeserInnen komisch dieses Interview hier zwischen Artikel zu Antifa-, Drogen- und Schulpolitik zu lesen. Aber wir finden es wichtig, Jugendliche bzw. SchülerInnen in den politischen Diskurs mit einzubinden.



PANKOW RECHERCHE

Der Großbezirk Pankow ist mit 350.000 EinwohnerInnen der bevölkerungsreichste Bezirk Berlins. Pankow nimmt kontinuierlich in den Polizeistatistiken über "Politisch motivierte Straftaten Rechts" und Wohnsitze organisierter Neonazis sowie rechter Straftäter einen der vorderen Plätze ein. Neben Kreis- bzw. Ortsverbänden der NPD und der "Republikaner", einem regionalen "Stützpunkt" der "Junge Nationaldemokraten (JN)", "Autonomen Nationalisten", Kameradschaftsaktivisten und Anti-Antifas sind im Bezirk auch neonazistische Bonehead-cliquen, Hooligans und rechte Rocker tätig. Besonders zwischen NPD/JN und dem Kameradschaftsspektrum sind personelle Überschneidungen sowie enge Kooperationsverhältnisse offensichtlich.

Die NPD - führend im Bezirk

Der NPD-Kreisverband 8 unter Führung von Jörg Hähnel ist bestimmend für die Pankower Neonaziszene. Hähnel, der mit seiner Familie (seine Frau Stella Palau ist derzeit Landessprecherin der NPD Berlin) ein Einfamilienhaus in Hohenneuendorf bewohnt, sitzt seit August 2006 als Abgeordneter in der Lichtenberger BVV. Seit Hauptaktionsfeld bleibt allerdings weiter Pankow. Zu dem Kreisverband gehören etwa 40 Mitglieder, daher existiert inzwischen noch ein Ortsverband Pankow, der von Andreas Claus geleitet wird. Hähnel gilt als führendes Mitglied der Vereinten Nationalisten Nordost (VNNO). Hier kooperiert er eng mit gewalttätigen Neonazis. Dem Kreis der NPD KV8 gehören auch André Werner, Patrick Christian Wehrmeister und Melanie Ehring an. Letztere ist eine Freundin der JN Nord-Ost Stützpunktleiterin Stefanie Piehl. Auch der ehemalige Pankower REP-Vorsitzende Detlef Britt betätigt sich inzwischen bei der NPD.

Ein weiteres bekanntes, derzeit jedoch inhaftiertes Mitglied des KV 8 ist der ehemalige Sänger der - staatlicherseits als kriminelle Vereinigung eingestuft - Rechtsrockgruppe Landser, Michael "Lunikoff" Regener. Seine Mitgliedschaft steht für die seit 2004 zunehmenden Bemühungen der



NPD, sich auch mit militant-neonazistischen Teilen der rechten Szene zu vereinen. Im Jahr 2006 versuchte die Pankower NPD vor allem mit massiven Aufkleberwellen und der Teilnahme an Demonstrationen in Heinersdorf mit dem Thema Moschee-Bau zu punkten.

JN Stützpunkt Nordost - If the kids are united

Am 16. Oktober 2005 plakatierten circa 15 Personen, darunter Stefanie Piehl, die Leiterin des JN-Stützpunktes Nord-Ost, und der Ex-BASO-Aktivist und verurteilte Gewalttäter Markus Loszczynski aus Treptow für eine JN-Demonstration, die am 22. Oktober 2005 in Pankow stattfand. Anschließend posierten sie vor der Jugendeinrichtung Kurt-Lade-Klub und bedrohten Passanten. Der JN-Stützpunkt Berlin-Nord-Ost ist eine erst 2005 entstandene Untergliederung des NPD KV 8, die besonders Jugendliche über Veranstaltungen

und Propaganda ködern will. Hinter dieser parteiförmigen Bezeichnung verbergen sich jedoch vorwiegend Kameradschaftsneonazis. Die Leiterin des Stützpunktes Stefanie Piehl trat in den letzten beiden Jahren immer wieder zusammen mit Aktivisten der verbotenen Kameradschaften "Tor" und "Berliner Alternative Süd-Ost" auf. In den letzten Jahren war sie an mehreren militanten Übergriffen beteiligt.

Eine Demonstration am 22. Oktober 2005 unter dem Motto „Mehr Geld und soziale Gerechtigkeit für die deutsche Jugend!“ vom S//U-Bhf Pankow zum S-Bhf. Heinersdorf war die bisher größte Aktion der JN in Pankow.

Vereinte Nationalisten NordOst

Ab Mai 2004 trat mit massiven Aufkleberaktionen eine neue Gruppierung in die Öffentlichkeit, die ebenfalls als Ausdruck der erweiterten Kooperation von NPD/JN- und Kameradschaftsaktivisten in Pan-



NPD Pankow // André Werner (1.v.l.) & Jörg Hähnel (2.v.l.)

kow zu werten ist: Die "Vereinten Nationalisten Nordost" (VNNO). Auf Tausenden Aufklebern wurden rassistische, nationalistische und Anti-Antifa-Parolen verbreitet und es wurde gegen den Lade-Klub und das linksalternative Jugendzentrum "Bunte Kuh" in Weißensee gehetzt. Die Aufkleber wurden meist nachts von größeren Gruppen (bis zu 10 Personen) in ganz Pankow, vor allem aber in den Ortsteilen Niederschönhausen und Heinersdorf verklebt. Die Gruppierung trat in letzter Zeit nur noch selten öffentlich auf.

„Autonome Nationalisten“, Kameradschaften, Anti-Antifa

Bei den Pankower Kameradschaftsstrukturen handelt es sich um ein Netzwerk von etwa 15-20 Personen, das unter wechselnden Bezeichnungen wie u.A. „Autonome Nationalisten Pankow“ agiert. Aufkleber mit diesen Labeln tauchten ab 2003 immer wieder in Pankow auf. Inhaltlich bestanden diese Aufkleber meist aus Gewaltdrohungen gegen NeonazigegnerInnen und offenen Bezugnahmen auf den Nationalsozialismus. Diesem Spektrum sind unter anderem Andy Fischer und Martin Stelter, Kevin Platzk, Steven Ringert und Toni Böhm zuzuordnen. Letzterer spielt laut Polizei eine zentrale Rolle in der Pankower Struktur. Bei Durchsuchungen in Andy Fischers und Martin Stelters Wohnungen wurden neben Listen mit Namen und Adressen politischer Gegner auch Waffen gefunden. Weiterhin sind die Pankower Christopher „Puffer“ Wilhelm, Paul Schneider, Dirk Müller und Michael Weiß in diesem Kreis aktiv. Weiß versuchte sich auf den letzten Neonaziaufmärschen vermehrt als Anti-Antifa-Fotograf. Viele dieser Personen arbeiten eng mit der NPD zusammen. So halfen sie bei Plakataktionen in Pankow aus.

NAPB und KS Phönix - kopflose Aktionen in Prenzlauer Berg

Die "Nationalen Aktivisten Prenzlauer Berg" (NAPB) ist im wesentlichen ein Produkt der Neonazis Ines Wegner und Kristian Lindner. Die Aktivitäten gehen nicht über eine Internetpräsenz, vereinzelte Teilnahme an Aufmärschen und Aufkleberaktionen hinaus. Aktivisten der NAPB wohnen im Erich-Weinert-Viertel und am nahe gelegenen Thälmannpark und fallen dort durch Bedrohungen gegenüber linken Jugendlichen auf. Das im Park liegende Denkmal Thälmanns wurde in der Vergangenheit öfter mit rechten Parolen besprüht, so wurde der Park von Neonazis mit Sprühereien in "Rudolf Hess Gedenkpark" umbenannt. Hier ist auch ein Aktionsgebiet der Kameradschaft Phönix. Die Neonazis Richie Franke und Anne Thederan sind dieser Struktur zuzuordnen. Franke fiel in der Vergangenheit regelmäßig als Nazischläger auf, so unter anderem, als eine Gruppe von 20 Neonazis am 19. Dezember 2005 versuchte, eine antifaschistische Veranstaltung im "Haus der Demokratie" anzugreifen.

Auf dem absteigenden Ast: Die REPs

Die Zentrale der rechten Partei der "Republikaner", die sich in der Garbatty-Villa in der Nähe von Pankow-Kirche befand und in der Vergangenheit für Treffen und Seminare genutzt wurde, musste wegen finanzieller Nöte in eine Wohnung in der Berliner Straße umziehen. Der Vorsitzende des Verbandes Michael Rauschenbach profitierte von einer Wahlabsprache mit der NPD und errang ein Mandat für die Pankower BVV, in der er seit August sitzt. Darüber hinaus hat der Verband keinerlei Aussenwirkung.



Kristian Lindner



Ines Wegner



Michael Weiß



Juliane von Sarnowski



Nazis an Schulen - rechte Cliques machen mobil

An mehreren Schulen in Pankow gibt es Neonazi-Cliques, die sich in der Schule offensiv als Nazis präsentieren. Das fängt mit dem öffentlichen Zeigen von Nazisymbolen an und geht bis zu Bedrohungen von alternativen SchülerInnen. So hat sich am List-Gymnasium eine Nazi-Clique um die Schüler Viviane Schulz, Julius Peter Bernstein, Juliane von Sarnowski, Mandy Franz, Tabea Jama, Sascha Nikolaus, Eric Hohlbein formiert. Diese fallen vor allem durch Aufkleber-Aktionen in und um die Schule auf. In der Nähe der Schule existiert eine Wohngemeinschaft mehrerer Neonazis - die die Schüler regelmäßig mit Aufklebern versorgen und ab und zu auf den Schulhof kommen, um eine Drohkullisse aufzubauen. Am Ossietzky-Gymnasium ist der Schüler Leopold Hübsch für Aktionen dieser Art verantwortlich. Er trägt Aufnäher

der Naziband Landser und macht aus seiner Gesinnung keinen Hehl.

Rechte Infrastruktur und Angriffe auf linke Lokalitäten

Die Zahl der offen rechten Treffpunkte, Läden und Kneipen ist in den letzten Jahren stark zurückgegangen. Die Naziläden „Andycap“, „Nordic Thunder“ mussten schließen und ehemalige rechte Treffpunkte, wie der „Bienenkorb“, „Pankower Bär“ und „Sparstrumpf“ werden nur noch spärlich benutzt. Der letzte verbliebene Nazi-Laden Harakiri - Inhaber: Henry Harm, Bornholmer Straße - hat sich klar auf Neonazis ausgerichtet. Hier wird Kleidung verkauft, die vornehmlich von rechten Jugendlichen getragen wird. Daneben gibt es CDs, Aufnäher und Buttons mit rechten Slogans. Die Kneipe „Wohlklang“ in der Wollankstraße ist für ihr rechtes Publikum bekannt. Das „Spasack“ in der Dietzgenstraße ist in letzter Zeit

zu einem regelmäßigen Treffpunkt der rechten Szene geworden. Hier trifft man sowohl auf subkulturell geprägte Neonazis, als auch auf Kader der NPD. Im Besonderen Fokus der Neonazis stehen Jugendklubs, die alternativ geprägt sind. Dazu zählen im speziellen der Kurt Lade Klub und das JUP in Pankow und die Bunte Kuh in Weissensee. In der Vergangenheit kam es immer wieder zu Angriffen auf diese Klubs. So wurde im erst im Dezember 2006 ein Konzert im Kurt Lade Klub von ca 10 Neonazis angegriffen, die KonzertbesucherInnen mit Steinen und Flaschen bewarfen. Vor der Berlin-Wahl verwüsteten Neonazis den Hausflur des JUPs und hinterließen NPD-Aufkleber.

Ein Text der Emanzipativen &

Antifaschistischen Gruppe

Ein längerer Text zu diesem Thema

findet sich auf www.antifa-pankow.tk



**27. JAN
BIS ZUM
17. FEB
2007**

**AKTIONSWOCHEN
Gegen deutsche Zustände**

WWW.AKTIONSWOCHEN.TK

DEUTSCHE OPFER- MYTHEN SIND ZUM KOTZEN

Wer glaubt, so genannte „Heldengedenken“ beschränken sich auf Halbe bzw. auf das bayrische Hinterland nach Wunsiedel, der liegt falsch. Mitten im Herzen von Berlin gibt es da einen kleinen Friedhof welcher Jahr für Jahr Schauplatz eines gruseligen Rituals wird.

Dabei ist der „St.-Nicolai Friedhof“ an der Torstraße Ecke Prenzlauer Allee ein recht beschauliches, unscheinbares Fleckchen Erde, doch auch dieses Mal werden (pünktlich zum 23. Februar) wieder jung- und Altnazis versuchen ihrem alten Idol, dem SA- Sturmführer Horst Wessel, mittlerweile zum 77. Todestag, zu Gedenken.

Wessel war gegen Ende der 20er einer der „schillernden Figuren“ im Kampf um die Straße, welcher sich hauptsächlich zwischen SA und RotfrontkämpferInnen des RFB zu trug. Er trat 1926 in die NSDAP ein und schaffte es mit Hilfe von Joseph Goebbels, welcher schnell dessen unermesslichen Eifer im veranstalten von Seminaren und verbreiten von Propaganda erkannte, in kürzester Zeit den Aufstieg zum SA- Sturmführer des SA- Sturms 5. Wessel war zu diesem

Zeitpunkt 21 Jahre jung. Politik in der Sturm- Abteilung (SA) zu machen hieß damals, den politischen Gegner durch die Gassen zu jagen und alles dem Erdboden gleich zu machen, was nicht ins faschistoide Weltbild der NSDAP passte.

„Du weißt schon wofür...“

Wessel machte sich mit dieser Schläger- Variante viele Freunde (innerhalb eines halben Jahres wuchs der Sturm 5 von 30 auf 250 Mitglieder!) sowie dementsprechend viele Feinde. Eine seiner ärgsten war wohl seine Vermieterin Elisabeth Salm, welche den Jungnazi, nicht zuletzt wegen ausstehender Mietzahlungen, aus Ihrer

Wohnung haben wollte. Sie sollte es auch sein welche die Rotfrontkämpfer des RFB über Wessels Aufenthaltsort in Kenntnis setzte. Beim folgenden Überfall wurde kurzer Prozess gemacht und der Gelegenheitskriminelle und Mitglied des RFB Albrecht „Ali“ Höhler schoss Wessel mit den Worten „du weißt schon wofür...“ ins Gesicht. Da dieser sich weigerte seine schweren Verletzungen von dem jüdischen Arzt Dr. Selo behandeln zu lassen starb er nur wenige Tage später im St. Joseph Krankenhaus, dem heutigen Krankenhaus Friedrichshain an einer Blutvergiftung. (vermutlich ist bei dem Handeln kurz vor seinem Tode die Hauptursache zu suchen weshalb er für spätere Nazigenerationen der Hero schlechthin wurde)

Shit lives on...

Nach seinem Tod am 23. Februar 1930 auf dem „St. Nicolai“ Friedhof unter tumultartigen Zuständen beerdigt, wurde Wessel zur Märtyrer hostileisiert. Straßen und Plätze erhielten nach der Machtergreifung Hitlers 1933 seinen Namen und sogar der Berliner Bezirk Friedrichshain hieß von nun an „Horst Wessel Stadt“. Seine poetischen Ergüsse, genauer das Gedicht: *„Die Fahne Hoch, die Reihen fest geschlossen!“*, welches zum ersten mal in der NS- Zeitung *„Der Angriff“* veröffentlichte, wurde (vertont) zur zweiten (inoffiziellen) Nationalhymne Deutschlands und wird auch heute noch gern von Nazis auf Kameradschaftsabenden gesungen. Niemanden wird es verwundern das auch die NPD mit einer kürzlich gegründeten „Horst Wessel-Stiftung“ auf Ihre Art und Weise dem damaligen SA-Schläger erinnern will. Obwohl das Grab selbst noch in der DDR unkenntlich geschliffen wurde und lediglich das seines Vaters, Ludwig Wessel vorhanden ist, bleibt der Friedhof im Prenzlauer Berg, an der Grenze zu Mitte, ein Ort an dem jedes Jahr aufs neue Nazis mit diversen Aktionen, wie dem ablegen von Kränzen oder dem abhalten von Trauerfeiern ihrem widerwärtigen Idol gedenken wollen. Die Antifa spielt da natürlich nicht mit und so waren schon die letzten Jahre für die selbst ernannten KameradInnen eine Mehr oder Weniger großer Reinfall. Gegenkundgebungen und

Richtig so!

die hohe Präsenz von Antifas machten es möglich das Nazis entweder gar nicht oder nur heimlich an das Grab treten konnten.

Wir werden auch dieses Jahr vor Ort sein um zu verhindern das Nazis ihren Opfermythos wieder aufleben lassen.

Lasst sie nicht in die Nähe!

Lasst sie nicht einmal dran denken!

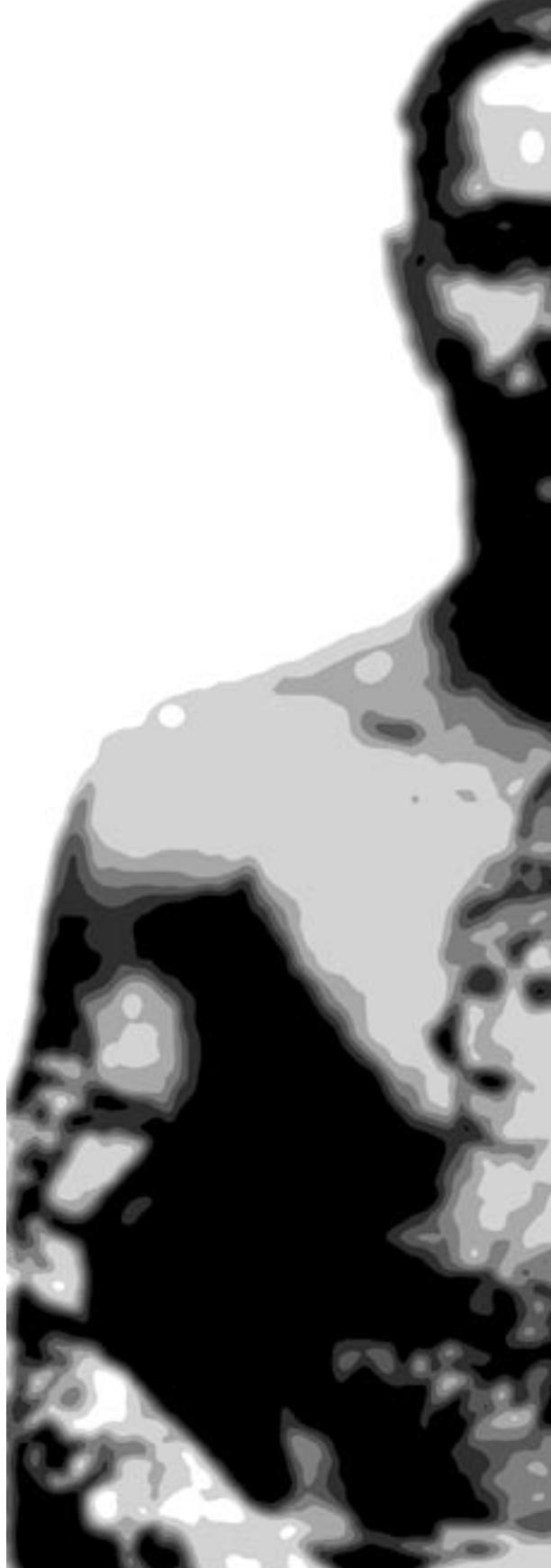
Wir sind P' Berg Ihr seid Scheisse!

Deutsche Opfermythen sind zum Kotzen!

Ein Text der

Autonomen Antifa Prenzlauer Berg

Weitere Infos zu Gegenaktionen erfahrt ihr auf www.aapb.de.vu und www.aiwp.de.vu.



ANTIFA&STAAT



Der staatliche Umgang mit Rechtsextremismus war und ist oft Gegenstand der Kritik von Antifaschistinnen und Antifaschisten. Kritisiert wird, dass von staatlicher Seite zu wenig und zu inkonsequent gegen Rechtsextremismus vorgegangen werde. Stattdessen werde das Problem verharmlost und verdrängt.

Im Rahmen der akzeptierenden Jugendarbeit würden rechten Jugendlichen Orte bereitgestellt werden, während alternativen Jugendprojekten die Gelder gestrichen wurden. Ein Punkt, von den vielen Punkten, die am staatlichen Umgang mit Rechtsextremismus zu kritisieren sind, soll in diesem Beitrag anhand einiger jüngster Vorkommnisse behandelt werden: die Kriminalisierung antifaschistischer Politik. Die Frage ist auf der einen Seite deshalb zentral, da antifaschistische Politik schlicht nicht möglich ist, wenn die Menschen, die sie machen, mit Strafverfahren belegt werden, auf der anderen Seite legt sie offen, wie von staatlicher Seite gegen Rechtsextremismus vorgegangen wird. So bitter diese Feststellung auch ist, oftmals werden von staatlicher Seite gerade die, die gegen rechts kämpfen, kriminalisiert.

Beispiel 1: Potsdam

In Potsdam wird fünf AntifaschistInnen versuchter Mord vorgeworfen, da sie am 18. Juni 2005 in Potsdam einen Rechtsradikalen zusammengeschlagen hätten. Der Nazi hat

leichte Verletzungen erlitten. Der Tatvorwurf des Mordes wirft einige Fragen auf. Den fünf wird unterstellt, sie hätten seinen Tod billigend in Kauf genommen. Aus welchem Grund in diesem Fall unter einem Mordvorwurf ermittelt wird, ist nicht nachvollziehbar. Das antifaschistische Engagement der betroffenen Personen ist wohl kein Indiz dafür, dass diese das Leben anderer Menschen aufs Spiel zu setzen. Während vier der fünf Personen haftverschont wurden, sitzt eine Frau noch immer in Untersuchungshaft. Die Verfahren finden vor dem Hintergrund einer massiven Welle neofaschistischer Gewalt in Potsdam statt. Seit dem Mai letzten Jahres sind allein 23 Übergriffe gegen Linke und AusländerInnen öffentlich geworden. In Teilen der bürgerlichen Medien wird versucht, die Situation zu einer Art Bandenkrieg zwischen links und rechts, an dem beide Seiten Schuld hätten, zu stilisieren. Diese Darstellung ist schlicht falsch. Neonazis versuchen zunehmend den öffentlichen Raum in Potsdam zu besetzen. Was dies bedeutet, ist bekannt: Angst, Schrecken und große Gefahren

für alle potentiellen Opfer rechter Gewalt. Das Problem ist kein angeblicher Bandenkrieg zwischen links und rechts. Das Problem ist die Existenz von Neonazis und deren Gewalt.

Beispiel 2: Berufsverbot

Ein weiteres Beispiel staatlicher Repression gegen antifaschistische Politik ist die Wiederbelebung des Berufsverbots. Der Realschullehrer Michael Csaszκόczy wurde zunächst nicht in Baden-Württemberg in den Schuldienst übernommen, später schloss sich Hessen dieser Position an. Vorgeworfen wird Michael Csaszκόczy, dass er Mitglied in der Antifaschistischen Initiative Heidelberg ist. Dabei geht es weder um eine konkrete Straftat noch um eine konkrete Handlung, die ihm zur Last gelegt wird. Vorgeworfen wird ihm lediglich, Mitglied in einer antifaschistischen Gruppe zu sein und antifaschistische Politik zu machen. Die Unschuldsvermutung wird dabei schlicht außer Kraft gesetzt. Als unschuldig gilt eine Person so lange, bis sie nicht von einem Richter vor Gericht verurteilt wurde. Das Urteil eines Richters wird im Falle von Berufsverboten durch angebliche Erkenntnisse des Verfassungsschutzes ersetzt, nach dessen Beurteilung die betreffende Person als verfassungsfeindlich anzusehen sei und deshalb im Staatsdienst nichts zu suchen habe. Mit rechtsstaatlichen Grundsätzen hat eine solche Praxis nicht gemein. Gegen einen solchen Umgang mit antifaschistischen Personen ist auf das Deutlichste zu protestieren.

Beispiel 3: Berlin

In Berlin fand am 27. August 2005 in Berlin Mitte eine linke Party statt. Zu diesem Zeitpunkt befand sich die Stadt mitten im Wahlkampf. Für jedes abgerissene und mitgebrachte Wahlkampfpplakat von rechten Parteien sollte es auf der Party einen

Gratis-Cocktail geben. Grund genug für die Berliner Polizei mal wieder einen Großeinsatz zu fahren. Die Party wurde kurzerhand geräumt. Die anwesenden und oftmals minderjährigen Personen wurden stundenlang festgehalten, die Personalien festgestellt und Fotos gemacht. Parallel dazu wurden zwei Bürogemeinschaften, zwei Privatwohnungen, der Antifa-Versand Red Stuff sowie das Antifaschistische Pressearchiv und Bildungszentrum (apabiz) durchsucht und zahlreiche Gegenstände wie CDs und Computer beschlagnahmt. Vorwurf war der Aufruf zu Straftaten. Als Folge auf diese Repressionswelle fand am 16. September 2005 eine große Antifa-Gala gegen Repression und Nazi-Wahlkampf statt, auf der Anti-Nazi-Aktivitäten prämiert werden sollten. Anwesend waren u.a. Christian Ströbele von den Grünen, Martin Sonneborn von „Die Partei“ sowie die Bezirksbürgermeisterin von Friedrichshain-Kreuzberg Cornelia Reinauer (Linkspartei). Diese Party wurde nicht geräumt – wohl angesichts der anwesenden Promis. Das legt den Verdacht nahe, dass es bei dem Agieren der Polizei im August um Einschüchterung und Ausspionieren linker Strukturen ging.

Bei den hier skizzierten Fällen handelt es sich nur um drei Beispiele. Es gibt zahlreiche mehr. Für uns als Jusos geht es darum, gegen die Kriminalisierung von antifaschistischer Politik zu wirken. In der Öffentlichkeit gilt es Solidaritätsarbeit für die betroffenen Antifaschistinnen und Antifaschisten zu organisieren.

**Keine Kriminalisierung des antifaschistischen Widerstandes!
Solidarität ist eine Waffe!**

Ein Text von den
Jusos Berlin [Kreis Nordost]



The image shows the cover of the magazine 'Antifaschistisches Info Blatt'. The title is prominently displayed in a large, bold, black font. Below the title, it says 'Nr.74 | Winter 2006/2007'. The central image is a black and white photograph of a library or archive, with rows of bookshelves filled with books. In the foreground, there is a white cloth or bag with a dark stripe, and a large, clear glass or plastic container. Below the photograph, the text reads 'Lager, Lieder, Lebensbund - Jugendarbeit im Geiste der HJ'. At the bottom, there is information about a free trial issue: 'Kostenloses Probeexemplar: Antifaschistisches Infoblatt, Gneisenaustr. 2a | 10961 Berlin e-mail: aib@nedi.org web: www.antifainfoblatt.de'. The price of the individual issue is listed as 3.10 Euro, and the subscription price for five issues is 15.50 Euro.

ERFAHRUNGSBERICHTE VON SCHÜLERINNEN AUS PANKOW

Neonazistische und rassistische Vorfälle sind an Berliner Schulen keine Seltenheit. Besonders im „gutbürgerlichen“ nordöstlichen Bezirk Berlin-Pankow ist es bereits Teil des Alltags, wenn Jugendliche innerhalb ihrer Schule aufgrund ihrer Hautfarbe, Religion oder einfach ihres Lifestyles wegen diskriminiert werden.

Hauptakteure sind meist Mitschüler_innen, die sich als Neonazicliquen organisieren. Widerstand wird ihnen meistens lediglich ,wenn überhaupt, von Schüler_innen geleistet, die sich damit physischer und psychischer Gewalt aussetzen. Auf Seiten der Lehrer_innen wird das Problem entweder totgeschwiegen und ignoriert oder verharmlost und kleingeredet. Befürchtet wird wahrscheinlich ein

schlechtes Ansehen der betreffenden Schulen.

Friedrich List Gymnasium

Das Friedrich List Gymnasium ist heute eine Schule mit fast 1000 Schüler_innen. Viele verschiedene Meinungen und jugendliche Subkulturen treffen hier aufeinander. Im Jahr 2005 konnte mensch eine drastische Veränderung der Jugendkultur einiger

Schüler_innen an der Friedrich List Oberschule deutlich bemerken. Auf einmal war es der Trend Landser zu hören und andere Mitschüler_innen, sollten diese nicht in das alte und kleinkarierte Weltbild von Volk und Vaterland passen, zu bedrohen. Vereinzelt trugen Schüler_innen Kleidung der Nazi-Marke „Thor Steinar“, was kaum Reaktionen bei Lehrer_innen und Schüler_innen hervorriefe. Auch





waren rassistisches Gedankengut und anfangs „nur“ verbale Gewalt (wie z.B. Scheiß Neger, Ausländerpack, Zecke, linkes Gesindel...) auf dem Schulhof Alttag im Sprachgebrauch vieler Schüler_innen. Es handelte sich hier um eine Gruppe von Jugendlichen aus der neunten und zehnten Klassenstufe. Durch die Tatsache alarmiert, dass die Clique begann auf dem Schulgelände NPD-Sticker zu kleben und Hakenkreuz-Buttons zu verteilen, wurde das Problem an der Schule publik. Schüler_innen und Lehrer_innen waren die Codeierungen, Zeichen, Runen und die neue Nazi-Mode nicht bekannt. Um Aufklärung zu schaffen, finden seit mehreren Jahren Projekt-tage gegen Rechtstextremismus statt. Dieser wurde von den betreffenden Schüler_innen durch Zwischenrufe gestört und zu boykottieren ver-sucht. Weiter forderten verärgerte Schüler_innen nach Aufklärung und

Ausschließung dieser Schüler_innen von den Projekttagen. Konsequenzen gab es seitens der Schulleitung für diese Schüler_innen nicht. Es ist aber auch nicht weiter verwunderlich, wenn mensch sich anhört, was speziell eine Lehrerin des Friedrich List Gymnasiums zu sagen hat. Als sie von Schüler_innen auf das schulintern bekannte Problem mit der Naziclique angesprochen wurde und eine öffentliche Auseinandersetzung der Schule mit diesem Problem gefordert wurde, entgegnete sie: „*Der deutsche Denunziant ist des deutschen größter Feind*“. Dem Wortlaut nach würde dieser Satz bedeuten, dass die größte Bedrohung für Deutschland und seine Einwohner, die Deutschen, ein/e Ver-räter_in aus „*den eigenen Reihen*“ ist. Wir sind nicht nur der Meinung, dass das Blödsinn ist, wir verurteilen solch völkische Ideologie und das Konstruieren künstlicher Gemeinschaften auf

der Basis von Volk, dessen Eigenschaften und Vaterland. Jedenfalls ist es nichts Besonderes, dass in einer Zeit, in welcher der Senat versucht Geld zu sparen, welches er nicht zuletzt bei der Bildung junger Menschen tut, solche Probleme totgeschwiegen werden, um keinen Vorwand zu liefern eine be-treffende Schule zu schließen. Dies ist natürlich keine Entschuldigung dafür, dass sich monatelang am Schulgebäude des Gymnasiums Hakenkreuze, Anti-Antifa-Parolen, rassistische Reime und andere Widerwärtigkeiten befinden. Zwischen alternativen und rechts-konservativen Schüler_innen gab es einen Kampf um die Köpfe der Mitschüler_innen. Dieser wurde u.a. mit politischen Graffitis in und an der Schule geführt. Hier meldete sich die Direktion und beschloß einen Reinigungstag des Schulgebäudes von diesen Graffitis. An der Schule gibt es eine antirassistische Arbeitsgemeint-

schaft, die durch das Zerstören von vor dem Gymnasium verteilten NPD Schulhof CD's, organisieren der seit 2002 stattfindenden Projekttagen gegen Rechts und die Eigenproduktion eines Hörspiels auf der Grundlage des Buches „Die Erinnerung darf nicht sterben“ von der im KZ Ravensbrück inhaftierten Barbara Reimann bemerkbar wurde. Nach Meinung vieler Schüler_innen wird aber immer noch zu wenig gegen die Neonazis an der Schule unternommen. Die Schule bemüht sich seit kurzem um den Titel „Schule ohne Rassismus/Schule mit Courage“. Um diesen Ansprüchen gerecht zu werden muss aber einiges verändert werden.

Carl von Ossietzky Gymnasium

In der Nähe des Friedrich List Gymnasiums, keine 3 Kilometer entfernt, befindet sich das Carl- von- Ossietzky- Gymnasium. Die Schule ist für ihr alternatives linkes Auftreten bekannt, trotzdem ist man auch hier nicht frei von Neonazismus und Sexismus. Es gibt dort zwar keine Naziclique, die andere Schüler_innen nach oder in

der Schule bedroht, aber einen Schüler, der mit einem Landser-Aufnäher durch das Schulgebäude läuft, sich bereits viele NS-verherrlichende Dinge geleistet hat und sich auch sonst keine Mühe gibt besonders neutral zu erscheinen.

Wenn in diesem Zusammenhang über das Carl von Ossietzky Gymnasium berichtet wird, muss erwähnt werden, dass es vor einigen Monaten ein paar Maler von DH (eine schon seit sehr langem bestehende und grundlegend keine neonazistische Crew) wohl besonders angesagt fanden auf dem Schulhof und in naher Umgebung der Oberschule ein abgewandeltes Hakenkreuz, Codierungen wie 88, 18C, 28C, die Parole „*Nein zur Moschee*“ sowie eine Vielzahl von Wortgruppen, welche männliche Dominanz ausdrücken sollen, in ihren Bildern zu verwenden. Nachdem der Schulleiter darüber informiert wurde passierte erst einmal nichts. Erst nach mehreren Anfragen, welche die Beseitigung dieses Graffitis forderten, konnte die Schulleitung zu Gegenmaßnahmen bewegt werden. Aber auch hier ist

noch mehr Aufklärung nötig. Ein Lehrer hielt seine Thor Steinar Kleidung für ganz normale Sport- und Freizeitbekleidung und trug sie während seiner Unterrichtsstunden. Arrangierte Schüler_innen informierten ihn und brachten ihn zum Ablegen dieser Kleidung.

Vergleichbare Vorfälle gibt es in ganz Berlin. Solche waren die Ursache, welche zu der Gründung der ASV, der Antifaschistischen Schüler_innen Vernetzung, führten. Wir lehnen Autoritäten ab, in schulischen Gremien und darüber hinaus, kämpfen für ein demokratisches Schulsystem, frei von menschenverachtender Ideologie und Diskriminierung und treten deshalb für eine Veränderung der herrschenden Ordnung ein.

Ein Text der
**Antifaschistischen
Schüler_innen Vernetzung**

Chronik

Eine unvollständige Auflistung rechter Aktivitäten in Pankow 2006

06.02.06

Vier verummte Neonazis schubsen einen jungen Linken an der Tramstation Arnswalder Platz (Prenzlauer Berg) von hinten aus der Bahn und treten und schlagen dann auf ihn ein.

01.04.06

Ca. 150 Neonazis demonstrieren gegen die Moschee in Pankow. Der Aufmarsch führt vom S-Bhf. Wollankstr. zum S/U-Bhf. Pankow. Der Berliner NPD-Chef Bräuniger fordert die Deportation von Ausländern.

26.04.06

In der Dietzgen- Ecke Heinrich-Böll-Str. (Niederschönhausen) stehen ca. acht an ihren T-Shirts eindeutig erkennbare Neonazis, trinken Bier und pöbeln Passant/innen an.

20.05.06

Eine Anti-Moschee-Demonstration der „Bürgeraktion gegen Überfremdung unseres Bezirkes“ zieht von der Heinersdorfer Tiniusstr. nach Alt-Pankow. Es beteiligen sich ca. 200 Personen, darunter zahlreiche

Angehörige der rechten Szene wie etwa J. Hähnel, NPD-Kreisvorsitzender in Pankow. Aus dem Aufmarsch heraus kommt es zu Beschimpfungen und Bedrohungen von linken Protestierenden.

25.05.06

Vier äußerlich als rechts erkennbare männliche Personen schubsen in der Schönhauser Allee (Prenzlauer Berg) eine Frau, die mit ihrem Freund, einem Mann türkischer Herkunft, unterwegs ist. In dem entstehenden Handgemenge wird der Mann türkischer Her-

kunft geschlagen und getreten. Er erleidet Prellungen an Kopf und Oberkörper.

05.06.06

Ein 22-jähriger pöbelt vom Balkon seiner Wohnung in der Schliemannstr. (Prenzlauer Berg) einen 40-jährigen Passanten aus Frankreich rassistisch an und verfolgt ihn dann. In Höhe Dunckerstr. bewirft er ihn mit einer Glasflasche. Ein zu Hilfe eilender zweiter Passant wird bedroht.

VORSTELLUNG: VVN-BDA PANKOW

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Berlin-Pankow ist ein gemeinnütziger eingetragener Verein, in dem die meisten überlebenden Widerstandskämpfer/innen und Verfolgten aus Pankow organisiert sind. Ausserdem gehören der Pankower VVN-BdA viele Familienangehörige und Hinterbliebene von Verfolgten sowie weitere engagierte Antifaschist/innen ganz verschiedenen Alters an.

Die VVN-BdA bietet an und vermittelt:

- // *Gespräche mit Zeitzeugen*
- // *Führungen zu ehemaligen Stätten jüdischen Lebens in Pankow und durch das ehemalige jüdische Waisenhaus*
- // *Die Ausstellung über die jüdische Geschichte Pankows für Schulen und öffentliche Gebäude*
- // *Bücher und Broschüren über Widerstand, Verfolgung und jüdische Geschichte*
- // *Workshops und Seminare*

Der VVN-BdA Pankow arbeitet seit vielen Jahren mit Schüler/innen und Lehrenden, Jugendklubs und antifaschistischen Gruppen im Rahmen von Projekttagen, Deutsch-, Geschichts- und Kunstunterricht, Veranstaltungen und lokalen Bündnissen.

Interessierte mailen einfach an bda-pankow@gmx.de

31. Januar 2007 // 19:00 // JUP

(Florastr. 84, Nähe S/U Pankow und S Wollankstr.)

Zeitzeugengespräch im Jugendzentrum Pankow

Horst Selbiger, Jahrgang 1928 aus Berlin, erlebte seit seiner Einschulung 1934 die meisten Aspekte der nazistischen Judenverfolgung am eigenen Leibe. Nur knapp entging er der Ermordung. Einem Verwandten von ihm gehörte ein Geschäft in Pankow. Die Familie wurde enteignet und vertrieben. Horst Selbiger wird aus seinen Er-

innerungen berichten und für Nachfragen und Diskussion zur Verfügung stehen. Dr. Inge Lammel, ebenfalls von der antisemitischen Verfolgung betroffen, erforscht seit vielen Jahren die jüdische Geschichte Pankows und wird das Thema der Entrechtung, Enteignung und Verfolgung jüdischer Gewerbetreibender näher erläutern.

Eine Veranstaltung von VVN-BdA-Pankow, EAG und JuP

18.06.06

Eine Afroamerikanerin wird auf dem Flohmarkt am Mauerpark (Prenzlauer Berg) von einem Standbesitzer rassistisch beschimpft, als sie sich Kleider ansieht. Dann packt der Mann sie am Arm und schubst sie vom Stand weg. Nachdem sie die Flohmarktaufsicht zu Hilfe geholt hat, wiederholt der Standbesitzer die rassistischen Beschimpfungen.

15.07.06

Drei 16-jährige und ein 17-Jähriger aus Pankow werden kurz nach Mitternacht vorübergehend festgenommen, nachdem sie in Rosenthal rechte Parolen (u.a.: „Sieg Heil“) gerufen, Glasflaschen auf der

Straße zerschlagen und einen Pkw beschädigt hatten.

18.08.06

Ein Mann bespuckt nachts in der Dänenstr. Ecke Schönhauser Allee (Prenzlauer Berg) einen 27-jährigen Sudanesen aus Prenzlauer Berg und schlägt ihm dann eine Bierflasche gegen die Schulter und ins Gesicht. Dann kommen noch drei Männer hinzu, schubsen den Afrikaner hin und her und beleidigen ihn. Er erleidet Gesichtsverletzungen, kann sich aber losreißen.

19.08.06

Ca. 250 Neonazis marschieren unter massivem Polizeischutz durch Prenzlauer Berg bis zum S-Bhf. Bornholmer Str.

23.08.06

Ein 33-jähriger Mann aus Kamerun wird abends an der Ostsee- Ecke Goethestr. in Prenzlauer Berg von drei äußerlich als rechts erkennbaren Männern angegriffen. Sie schlagen ihr Opfer, bespucken und beleidigen es rassistisch und flüchten anschließend. Der Angegriffene erleidet Verletzungen im Gesicht und an der Schulter.

16.09.06

In der Nacht von Freitag zu Samstag verwüsten Neonazis das Treppenhaus des „Unabhängigen Jugendzentrums Pankow“ (JuP) in der Florastr. (Alt-Pankow). Sie beschädigen Briefkästen, Lichtschalter und eine Lampe und hinterlassen mehrere NPĐ-Aufkleber. Ge-

gen Mittag wird ein Wahlstand der „WASG“ am S/U-Bhf. Pankow von drei Neonazis angegriffen. Die Neonazis verstreuen Wahlkampfmaterial auf dem Bahnhofsvorplatz und beleidigen und treten einen 16-jährigen WASG-Unterstützer. Zeitgleich postiert sich ein NPĐ-Stand am nahe gelegenen Rathaus-Center.

09.12.06

Während eines Konzertes im Pankower Kurt-Lade-Klub überfallen etwa zehn Neonazis die Einrichtung. Sie zerstören Teile der Außengestaltung und bewerfen einen Mitarbeiter mit einem Stein, der diesen nur knapp verfehlt. Anschließend bedrohen und schlagen sie zwei Menschen am nahegelegenen Pastor-Niemöller-Platz.

Kein Raum dem Rassismus! Für eine solidarische Gesellschaft!



DIE GEMEINDE AHMADIYYA MUSLIM JAMAAT

DER UNGEWOLLTE AUSLÖSER DES RASSISTISCHEN PROTESTES.

Ein kleiner Geschichtlicher Abriss

Die Ahmadiyya-Gemeinde gehört zu den modereneren und reformistischen Glaubensrichtungen des Islam. Sie wurde 1889 in Indien ins Leben gerufen und ist eine konservative aber friedliebende Gemeinde. Ihr Leitspruch lautet „*Liebe für alle – Hass für keinen*“. Doch an solch feinsinnigen Unterscheidungen scheint in Heinersdorf kaum jemand interessiert zu sein. So erkennt ihr Glaube zum Beispiel Mohammed nicht als einzigen Propheten an, weshalb sie beispielsweise in Pakistan verfolgt werden. Die Ahmadiyya wurde 1974 durch das pakistanische Parlament zur nicht-islamischen Minderheit erklärt, was zu mehrfachen Pogromen durch die sunnitisch-muslimische Mehrheitsbevölkerung führte. Als „*Abtrünnige*“ fallen die Ahmadiyyas unter das Blasphemiegesetz 295 C, welches auch die Todesstrafe miteinschließt. Der Mord an Ahmadiyyas wird somit von staatlicher Seite legitimiert. Morde und Plünderungen gegenüber den Muslims der Ahmadiyya sind daher keine Seltenheit.

Viele der Gemeindemitglieder wurden darum in Deutschland als politisch Verfolgte Flüchtlinge anerkannt. Hier ist die Gemeinde seit 1955 ansässig. Bundesweit zählen die Ahmadiyyas 30.000 Mitglieder und haben bisher 18 Moscheen gebaut, unter anderem in Köln, Bremen, Darmstadt und Offenbach. Die 19. soll in Heinersdorf entstehen, es wäre die erste ihrer Moscheen im Osten. Seit 1989 ist das Gotteshaus der Gemeinde in einem Einfamilienhaus einer Reinickendorfer Eigenschaftsiedlung untergebracht, mitten in der Einflugschneise zum Flughafen Tegel. Die Unmöglichkeit hier ein Minarett zu errichten und der enorme Lärm, so wie der Zuwachs der Gemeinde, machten den Bau einer eigenen Moschee für sie unabding-

bar. In den Räumlichkeiten findet seit zwei Jahren ein interreligiöser Dialog mit VertreterInnen anderer Religionen statt. Für diese Begegnungen, aber auch für die 200 Berliner Gemeindemitglieder sind die Räume des jetzigen Gemeindehauses zu klein. Ein weiterer Grund für den Bau in Heinersdorf ist die Erreichbarkeit. Durch die günstige Autobahn-anbindung könnte ein Grossteil der Gemeindemitglieder, welche über ganz Berlin verstreut sind, die Moschee gut erreichen. Außerdem kann die Moschee nach Mekka ausgerichtet werden und das Grundstück konnte relativ günstig erworben werden.

So hätte die Suche der Gemeinde ein Ende. Seit 10 Jahren suchen sie ein geeignetes Gelände, viermal wurde ihr Bauvorhaben in Berlin abgelehnt. Bis 2007 will die Gemeinde ihr Zweigeschossiges Gebetshaus mit einem 15 Meter hohen Minarett und Kuppel fertiggestellt haben. Dabei wird der Bau durch Spenden finanziert.

Ahmadiyya und Integration

Die Gemeinde ist in die bundesdeutsche Gesellschaft integriert, so wie es die Mehrheitsmeinung allerorts von Muslims und MigrantInnen fordert. Sie sind Mitglied im Islamforum, welches im November 2005 durch den Beauftragten des Senats für Integration und Migration, Günter Peining und die Muslimische Akademie Deutschland gegründet wurde. Am Forum sind 12 islamische Einrichtungen, VertreterInnen anderer Religionsgemeinschaften, Nichtregierungsorganisationen und staatliche Einrichtungen beteiligt. Eckard Körting ist ebenfalls Teil des Islam Forums. Ziel ist die Verbesserte Zusammenarbeit in den Stadtteilen, wo die Gemeinden vertreten sind. Auch am Projekt No Fitti, welches von dem ehemaligen CDU

Das Bündnis „Kein Raum für Rassismus!“ engagiert sich seit Mitte 2006 gegen die rassistische Mobilmachung in Heinersdorf. Anfang 2007 wird eine Broschüre zum Thema Heinersdorf erscheinen. Im folgenden Artikel wollen wir über die Ahmadiyya-Gemeinde informieren, die in Heinersdorf die Moschee baut.

Mitglied Carl Henning initiiert wurde, beteiligen sich Mitglieder der Gemeinde. No Fitti kriminalisiert jede Form von Streetart. Ein Umstand, der die Gemeinde den HeinersdorferInnen eigentlich sympathisch machen sollte. Moslems, die sich für saubere Wände einsetzen. Also das blanke Gegenteil vom Bild des „kriminellen Moslem“, das die HeinersdorferInnen vor sich her tragen.

Der Heinersdorfer Mehrheit ist dies aber egal. Schließlich handelt es sich nicht um Deutsche bzw. Christen. Vielleicht wird jetzt auch der ein oder andere Heinersdorfer aus Protest zur Dose Greifen und anfangen das Dorf zuzusprühen. Weitere Sympathiepunkte könnte der Ahmadiyya-Pressesprecher Hadayatullah Hübsch abgreifen. Er ist Religionswissenschaftler und Imam in Frankfurt am Main, Herausgeber der Zeitschrift „Islam im Brennpunkt“, sowie Leiter des Verlages „Der Islam“. Seine Dialogbereitschaft ist so grenzenlos, dass er nicht nur der Taz oder der Frankfurter Allgemeinen Zeitung Interviews gibt, sondern sich auch rechtsextremen Publikationen zur Verfügung stellt. Hier steht er zu Themen wie Integration, Selbstmordattentate, „Kampf der Kulturen“ aber auch zum interreligiösen Dialog und Islam Rede und Antwort. In der Zeitschrift der Jungen Nationaldemokraten Hier & Jetzt [1] bezeichnete er Deutschland als „... eine Art König der Herzen.“ Auf die Frage was er von „Politik und Medien in der BRD im Umgang mit der nationalen Opposition“ halte, die laut der Deutschen Stimme „anscheinend nur auf Verbote und Repression setzen, die inhaltliche Auseinandersetzung aber scheuen“, äußerte sich Hübsch sehr wohlwollend über die „Nationale Opposition“. „Manches Richtige in ihr [gemeint ist die NPD] wird zudem von den Medien verachtet, weil die Medien voreingenommen sind und gebirngewaschen, was bestimmte Tatsachen der Geschichte betrifft.

...“. Außerdem publizierte er für die neurechte Postille Junge Freiheit zum Thema „Islampredigt auf deutsch?“ [3]. Ahmadiyya-Pressesprecher – ein überintegrierter Moslem? Ein Umstand der die HeinersdorferInnen eigentlich beruhigen müsste. Wir jedenfalls lehnen Hübschs Kontakte ins rechte Lager strikt ab.

Fazit

Die Ahmadiyys betonen die friedliebenden und toleranten Elemente ihrer Religion. Trotzdem wird ihnen von einigen Moscheegegnern vorgeworfen sie strebe die Weltherrschaft an und wolle einen Gottesstaat unter Führung eines Kalifen errichten. Den Sicherheitsbehörden sind allerdings keine extremistischen oder fundamentalistischen Bestrebungen der Ahmadiyya bekannt. Es gibt sicherlich auch angebrachte Kritik, welche jedoch nicht dazu da sein sollte, „Kriminalität“ und „Terrorismus“ sofort mit allen Muslims in direkte Verbindung zu bringen. So ist das Frauenbild des Islam, welches beispielsweise vorschreibt, dass Männer und Frauen getrennt beten müssen, durchaus kritisch zu betrachten. Auch der gemeinsame Schwimmunterricht oder Klassenfahrten von Jungen und Mädchen sind in der Ahmadiyya teilweise untersagt. Allerdings gibt es innerhalb der Ahmadiyya bezüglich dieses Punktes auch Ausnahmen. Das ist zwar nicht im Sinne einer vollkommenen Emanzipation der Menschen, nur Terroristen sind sie deswegen noch lange nicht. Selbst in anderen Religionen lassen sich ähnliche Frauenbilder finden. Die Moschee der Ahmadiyya in Heinersdorf ist für uns auch nicht schlimmer oder besser als eine evangelische Pfarrkirche.

Fußnoten:

[1]. Hier & Jetzt, Ausgabe 5 / 2007 „Deutschland ist eine Art König der Herzen“,

[2] Deutsche Stimme, 3.3.2006 „Geistige Visionen gegen den US-Kulturimperialismus“, Interviewer: Arne Schimmer

[3] Junge Freiheit, 26.11.2004, 49/04 „Islampredigt auf deutsch?“

Bündnis „Kein Raum für Rassismus!“

www.heinersdorf-buendnis.de.vu



Mehrere hundert AntifaschistInnen demonstrieren in Heinersdorf

HEINERSDORF

RASSISMUS IM KAPITALISTISCHEN KONTEXT

Als im März 2006 bekannt wurde, dass die muslimische „Ahmadiyya-Gemeinde“ ein Grundstück in der Pankow-Heinersdorfer Tiniusstraße erworben hatte, um dort eine Moschee zu bauen, brach ein Sturm der Entrüstung aus.

Am 30. März 2006 lud das Pankower Bezirksamt in die Turnhalle einer Heinersdorfer Schule zur BürgerInnenversammlung. Ein anonymes Flugblatt, in dem es hieß, dass die höhere Arbeitslosigkeit unter den Muslimen „unser Hab und Gut gefährde“, wurde vorab an alle EinwohnerInnen des Ortsteils verteilt.

Die Turnhalle, etwa 400 Menschen fassend, war brechend voll, davor standen noch einmal hunderte Leute: Die meisten über 40, dazwischen Dorfjugendliche in rechter Markenkleidung wie „Thor Steinar“ und ca. 40-50 Berliner Neonazis.

Es wurde versucht, den Eingang der Turnhalle zu stürmen. Im Saal kursierten Kopien mit blutrünstigen Koran-Zitaten. Am Ende skandierten Hunderte: „Wir sind das Volk!“ und die Polizei sah sich gezwungen, die Versammlung aus Sicherheitsgründen zu beenden und die VertreterInnen des Bezirksamtes und Repräsentanten der Ahmadiyya unter Schutz wegzubringen.

Die anwesenden Neonazis brauchten gar nicht das Wort zu ergreifen, nur ein wenig die Stimmung anzuhetzen, und feixten sich voll Zufriedenheit gegenseitig an. Die Wenigen, die dem Moscheebauprojekt nicht prinzipiell feindselig gegenüberstanden, waren an diesem Abend gut beraten, ihre Meinung nicht zu äußern.

Nach kleineren Demos gegen den Moscheebau brachte die „Interessengemeinschaft Pankow-Heinersdorfer Bür-

ger“ (IPAHB) am 07.06. über 2.000 Menschen auf die Beine. Mehrmals marschierten seitdem viele Hundert Menschen gegen den Moscheebau. Es muss festgehalten werden, dass es ausgerechnet eine Moschee ist, die hier Tausende dazu motiviert, mit selbst gebastelten Schildern und Transparen-

Deutsche Zustände sprengen!

ten auf die Straße zu gehen. In Heinersdorf werden keine Bürgerinitiativen gegründet und Demos organisiert, weil der Senat die Kita-Gebühren erhöht, die Jugendförderung und die Bildung zusammengestrichen hat oder weil Neonazigewalt in Pankow alltäglich ist - erst die Angst vor muslimischen Menschen im Dorf bringt die AnwohnerInnen in Bewegung.

Rassismus mit und ohne Imagepflege

Was hier Tausende PankowerInnen umtreibt, ist ganz offensichtlich purer Rassismus. Was ist Rassismus eigentlich? Ein System von Gedanken (Ideologie), welches bis in die griechische Antike zurückverfolgt werden kann und seitdem unterschiedliche Rechtfertigungen für die Benachteiligung, Ausgrenzung und Unterdrückung von Gruppen wegen ihrer Herkunft und Abstammung hervorbrachte.

Rassistische Herrschaftsverhältnisse haben immer dazu geführt, dass Menschen aus genannten Gründen beleidigt, bedroht oder anderweitig Schaden zugefügt wurde. Der in Heinersdorf vorwiegend zu beobachtende kulturalistische Rassismus, geht nicht in erster Linie von der Existenz ungleich wertvoller und entwickelter „Rassen“, welche anhand körperlicher Merkmale identifizierbar sind, aus. Er schreibt vielmehr Menschen nach

ihrer Herkunft oder Abstammung bestimmte feststehende kulturelle Eigenschaften und Verhaltensweisen zu. Viele Heinersdorfer/innen [siehe Kasten] empfinden in alter deutscher Tradition die Präsenz derer, die sie als „Kulturfremde“ bezeichnen, als direkte Bedrohung für ihre „eigene Kultur“ und Lebenssituation.

Der geplante Moscheebau bringt ein Volksempfinden zum Vorschein, dem eins ganz klar ist: Man will keine „Kanakaken“ im Kiez. Das immer wieder vorgebrachte Argument, in Pankow gäbe es doch kaum Muslime, ist nur der schlecht verhohlene Ausdruck des Wunsches, selbst in 100 Jahren keine Muslime im eigenen (Heinersdorfer) Dorf haben zu wollen. Anders als von einigen behauptet, wird kein Muezzin laut zum Gebet rufen. Ein Blick zum vorhandenen Gebetshaus der Ahmadiyya in Reinickendorf hätte die Moschee-Gegner/innen belehren können, dass all ihre Befürchtungen um Parkplätze, Verslumung und fallende Grundstückpreise dem Reich der Phantasie angehören - von Wahnideen wie arabischen Kleingartenkolonien und Funkverkehr störenden Moscheekuppeln ganz abgesehen. Den Bürger/innenmob regiert der alte völkische Geist von Blut und Brauchtum. Der Antisemitismus ist auch nicht weit: Auf Nachfrage betonte beispielsweise der Heinersdorfer CDU-Kandidat zu den Abgeordnetenhauswahl, Ulrich Eichler, in Heinersdorf sei für eine Moschee genauso wenig Platz wie für ein jüdisches Gebetshaus.

Doch der Rassismus der ganz normalen Deutschen in Pankow hat nicht nur diese grelle Nazifratze, sondern auch ein höchst ehrsam und staatsbürgerliches Gesicht. Etwa das des Heinersdorfer evangelischen Pfarrers Andreas Kaehler, der betonte, die Moschee gehöre nicht nach Pankow, denn: „Heinersdorf ist christlich.“ - obwohl die Mehrzahl der Heinersdorfer/innen so religiös sein dürfte wie ein Stück Seife. Bald nach dem Bekanntwerden des Bauvorhabens gründete sich die IPAHB, die nicht müde wird,

Gleiche Rechte für alle, die hier leben und hierher kommen!

sich von Neonazis zu distanzieren und auf Demokratie zu pochen. Die Mehrheit der Heinersdorfer/innen sei gegen die Moschee, Demokratie bedeute die Herrschaft der Mehrheit, folglich sei der Moscheebau undemokratisch. In diesem Demokratieverständnis kommen Grundrechte und Minderheitenrechte wie dasjenige einer polizeilich unbescholtenen Glaubensgemeinschaft, aus eigenen Mitteln ein Haus zur Ausübung der verfassungsmäßig garantierten Religionsfreiheit zu bauen, nicht mehr vor. In der Logik der IPAHB wäre der Massenmord an den Jüdinnen und Juden, den Nazideutschland verübte, rechtens, weil eine Mehrheit der Deutschen dafür war oder zumindest nichts dagegen hatte.

Angst hat die IPAHB auch vor gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen den Ahmadis und konkurrierenden muslimischen Gruppen - obwohl es für so etwas keinerlei Anhaltspunkte gibt. Die engagierten Bürger/innen sorgen sich um die Rechte der Frau im Islam und haben gehört, dass ein Teil der Muslime nach einem totalitären Gottesstaat strebt. Folgerichtig demonstriert die IPAHB unter Parolen wie: „Gegen das Kalifat“, „gegen die Scharia“ und „für die Gleichstellung der Frau“.

All das ist aber nur Propagandamunition im Kampf um die Reinhaltung des Dorfes. Nie wurden die demokratischen Rassist/innen der IPAHB zuvor gesichtet, wenn es gegen die Unterdrückung von Frauen und Minderheiten in islamischen Ländern ging. Ihre Begeisterung für Demokratie und Rechtsstaat begann offenbar erst, als die Moschee „drohte“ und macht halt vor der vielfältigen Diskriminierung nichtdeutscher Menschen, denen deutsche Demokratie und Rechtsstaatlichkeit weithin nicht zugute kommen, da ihnen hierzu grundlegende Menschen- und Bürgerrechte verwehrt bleiben.

Die neugebackenen Frauenrechtler/innen, Islamexpert/innen und antitotalitären Frontkämpfer/innen der IPAHB sind bei der Ahmadiyya an der falschen Adresse: Es handelt sich bei der Gemeinde um eine der friedlichsten und aufgeklärtesten Strömungen im heutigen Islam. Die





Ahmadis werden in vielen islamischen Ländern teils blutig verfolgt - unter anderem, weil sie Gewalt zur Durchsetzung des Islam konsequent ablehnen. Ihre Vorstellungen von Geschlechterordnung sind tatsächlich zutiefst frauenfeindlich, doch so lange sie diese nicht mit Gewalt und Zwang durchsetzen, sondern es Frauen gibt,

Rassisten stoppen in Heinersdorf und anderswo!

die sich dem freiwillig unterwerfen, spricht das nicht gegen den Moscheebau. Wir sehen es als Notwendigkeit an muslimische Frauen in ihren Emanzipationsbestrebungen zu unterstützen – jedoch geht es diesen deutschen Rassist/innen nur darum, keine Muslime in ihr Dorf zu lassen.

Rassismus und deutsche Zustände

Auch wenn es so wirken mag: In Pankow prallen nicht nur irgendwelche ewiggestrigen Hinterwäldler/innen mit der Realität der Weltstadt Berlin zusammen. Vielmehr resultiert der Rassismus aus den tief verankerten rassistischen Strukturen Deutschlands. Von der Basis der Gesellschaft bis zu ihren Spitzen wird Einwanderung in Deutschland zuallererst als Bedrohung wahrgenommen, die begrenzt, kontrolliert, herrschaftlich assimiliert („integriert“) und ökonomisch nutzbar gemacht werden muss. Menschen mit Migrationshintergrund gelten hier zunächst als Sicherheitsrisiko, Kostenfaktor und Konkurrent/innen um Arbeitsplätze, Wohnungen, Sozialleistungen usw. Besonders kennzeichnend für sehr viele Deutsche ist die alte völkische Denkweise, die Menschen nur dann in die nationale Gemeinschaft aufnehmen möchte, wenn sie hinsichtlich Abstammung, Sprache und Kultur deutsch sind - das Sich-Einfügen in die Rechts- und

Wirtschaftsordnung reicht auch 60 Jahre nach der Nazizeit vielen nicht zum Deutsch-Sein aus.

Auch die zivilisiert-liberale Strömung in der Einwanderungsdebatte, die offensichtlichen Rassismus vermeidet und sich über neonazistische Übergriffe auf Nichtdeutsche empört, beurteilt

Migrant/innen und ihre Nachkommen ausschließlich nach ihren Nutzen- oder Kosteneffekten. Es gibt sogar eine links-gutmenschliche Variante des Rassismus, den Multikulturalismus, der sich kulturelle Gemeinschaften mit festgelegten Eigenschaften zurechtlegt. Eine Auswirkung davon ist, dass die Multikulturalist/innen jene Menschen mit muslimischem Hintergrund im Stich lassen, die hierzulande oder in islamischen Ländern der Frauendiskriminierung und dem Hass auf Schwule und Lesben, dem religiösen Wahn und politischer Unterdrückung zum Opfer fallen. In der Sicht der Multikulturalist/innen verstoßen solche Individuen gegen das angebliche Wesen „ihrer“ Kultur. Diese, und nicht die Freiheit der Einzelmenschen ist es, welche der Multikulturalismus verteidigen und möglichst rein erhalten will. Wer, wie die Verfasser/innen dieses Textes, religiösen Wahn und andere reaktionäre Tendenzen auch dann bekämpft, wenn sie von Menschen mit Migrationshintergrund ausgehen, wird von den Multikulturalist/innen schnell als Rassist/in beschimpft.

Verschiedene Merkmale sind allen Ausprägungen des Rassismus in Deutschland gemeinsam: Die Individuen werden nach Herkunft und Abstammung bestimmten Gemeinschaften zugeordnet und nicht mehr als Einzelwesen in ihrem Verhalten untersucht und beurteilt. Damit geht einher, gesellschaftliche Probleme, an denen Menschen mit

Migrationshintergrund in irgendeiner Form beteiligt sind, nicht mehr als von der Gesellschaft erzeugte wahrzunehmen, sondern herkunfts- und abstammungsmäßig abzuleiten. Nur wenige kommen in Deutschland zur Zeit auf die Idee, Menschen mit Migrationshintergrund als potenzielle Verbündete gegen die Zumutungen kapitalistischer und nationalstaatlicher Verhältnisse anzusehen und sich praktisch mit den Kämpfen migrantischer Menschen gegen Entrechtung, Ausgrenzung, Ausbeutung oder reaktionäre Strömungen wie religiösen Fundamentalismus, Sexismus und Homophobie zu solidarisieren.

Die rassistische Ideologie ist in vielerlei Hinsicht höchst funktional für eine kapitalistische Gesellschaft. Diese Ideologie hilft nämlich, den krassen Widerspruch geistig zu überbrücken, dass die Gesellschaft einerseits verkündet, dass alle Menschen frei und gleich geboren seien, unveräußerliche Rechte hätten, ihre Würde unantastbar sei und so weiter, während andererseits die tatsächlichen Lebenschancen höchst ungleich nach Herkunft und Hautfarbe verteilt sind. Die krasse Armut weiter Teile der Erde, ein Ergebnis Jahrhunderte langer kolonialer Herrschaft und Ausplünderung sowie fortdauernder wirtschaftlicher Unterwerfung durch die Industrieländer, kann durch den Rassismus als quasi naturgegeben erscheinen. Der Rassismus hilft ein gesellschaftliches Verhältnis aufrechtzuerhalten und immer wiederherzustellen, in dem ein bestimmter Teil der Bevölkerung - die Mehrheit der Migrant/innen - für die schwersten und am schlechtesten bezahlten Arbeiten zur Verfügung steht oder von vornherein in die Arbeits- und Aussichtslosigkeit fällt. Schließlich ermöglicht Rassismus auch noch dem heruntergekommensten Deutschen,

sich als etwas Besseres zu fühlen, das eigene Selbstbewusstsein durch die Verachtung von Minderheiten aufzupolieren und die Frustrationen des Alltags leichter zu verdrängen.

Ein Wort zu den „Moscheebefürworter/innen“

Einige derjenigen, die ihre Stimme gegen den rassistischen Mob aus Heinersdorf erhoben haben, argumentieren mit der angeblichen kulturellen Bereicherung, die Pankow durch den Moscheebau erfahren würde. Manche zeichnen ein positives Bild vom Islam im Allgemeinen und der Ahmadiyya im Besonderen, um zu begründen, warum gegen das Projekt

Für die Religionsfreiheit und die Freiheit von der Religion!

nichts einzuwenden sei. All dies geht am Kern der Problematik meilenweit vorbei. Die Auseinandersetzung um die Dorfmoschee dreht sich um etwas ganz anderes: Nämlich ob eine religiöse Gruppe das Recht hat, sich aus eigenen Mitteln einen Raum zur Ausübung ihres Glaubens zu besorgen oder nicht. Egal ob die Moschee nun eine Bereicherung oder Verarmung darstellt - es trifft wohl keins von beiden zu - die freie Religionsausübung ist eine grundlegende Errungenschaft der Aufklärung und der bürgerlichen Befreiungsbewegung, die keiner rassistischen Dorfgemeinschaft geopfert werden darf. Und auch wenn irgendwelche Gläubigen statt ihrer jeweiligen Götter einen Hampelmann anbeten würden, müssten sie die Möglichkeit bekommen, dies ungestört zu tun, so lange sie niemandem dabei schaden.

Auf der Religionsfreiheit zu bestehen, heißt jedoch nicht, Religionen unkritisch gegenüberzustehen. Auch wenn es sich bei der Ahmadiyya um eine friedliche Gruppe handelt, ist sie doch eine reaktionäre Strömung. Ihre Vorstellungen von der Einrichtung der Gesellschaft, von der Stellung der Frauen etwa (z.B. lehnen sie die Beteiligung islamischer Mädchen an Klassenfahrten und am Schwimmunterricht ab), sind von einem freien und gleichen Zusammenleben der Menschen weit entfernt. Unsere Kritik an der islamischen Religion aber macht sich nicht gemein mit denen, die nur deswegen Einwände gegen den Islam vorbringen, um den deutschen Volkskörper rein zu halten oder nur diejenigen ins Land zu lassen, die ökonomisch nützlich sind. Vielmehr sind wir solidarisch mit allen Menschen islamischen Hintergrunds, die um individuelle Selbstbestimmung kämpfen und wir fordern gleiche Rechte für alle Menschen, die in diesem Land leben oder die in der Hoffnung auf ein besseres Leben und Sicherheit hierher kommen. Unser Ziel bleibt eine Gesellschaft ohne rassistische und nationalistische Ausschlüsse und ohne kapitalistische Verwertungslogik - ein Zusammenschluss freier Individuen, in dem es keine Notwendigkeit für religiösen Spuk mehr gibt.

Es scheint aussichtslos, die aktiven Rassist/innen des Heinersdorfer Mobs noch aufzuklären zu wollen. Uns kann es nur darum gehen, diesen Kräften unmissverständlich zu zeigen, dass sie sich nicht ungestraft austoben können, dass sie jederzeit mit unserem Widerstand zu rechnen haben!

**Für den
kosmopolitischen Kommunismus!
Emanzipative Antifaschistische Gruppe
(EAG), Dezember 2006**

SYSTEM SCHULE SCHULSYSTEM?

Wann immer Schule kritisch betrachtet wird, muss auch das gesellschaftliche Umfeld bzw. die Gesellschaft einer kritischen Reflektion unterzogen werden, denn Schule und Gesellschaft agieren nicht voneinander unabhängig.

Vielmehr sind sie sehr eng miteinander verbunden, aus dem einfachen Grund heraus, dass sich in der Schule nicht nur bestehende Verhältnisse widerspiegeln, sondern diese dort auch unter Zwang vermittelt werden. Insofern wäre jegliche andere Betrachtung ohne Zusammenhang und letztendlich verkürzt. Daher ist Kritik am Bildungswesen auch immer Kritik an den bestehenden gesellschaftlichen Umständen und Verhältnissen.

Nun ist eine gute „Bildungspolitik“ mit den aktuellen gesellschaftlichen Verhältnissen und neoliberaler Politik unvereinbar. Anstatt der erwarteten Verbesserung des Bildungssystems nach dem Desaster des PISA- Tests, gibt es auch weiterhin nur Verschlechterungen. Die allgemeine Bildungsungleichheit wächst, das ist belegt, integrative Angebote werden eliminiert, Klassengrößen erhöht, Schulen geschlossen und Berufsschulen teilweise privatisiert. Im gleichen Atemzug rollt eine riesige Welle von Gebühren an. Angefangen bei Kita-Gebühren, Gebühren für Vorschulen, dem Essensgeld über Gebühren für Schulbücher und letztendlich Studiengebühren. So wird Bildung mehr und mehr zur Ware, die für viele finanzielle Probleme mit sich bringt. Stattdessen sollte Schule keine „Paukanstalt“ sein, sondern vielmehr sollte ein Ort der individuellen Förderung, an dem jeder

in seiner/ihrer eigenen Entwicklung unterstützt wird. Außerdem sollte es nicht darum gehen, Wissen eingehämmert zu bekommen, sondern vielmehr darum, das „Lernen“ zu lernen, selbstständig zu denken und Spaß daran zu haben.

Noten als Druckmittel

Jeder und Jede einzelne Schüler_ in ist mit diesem Problem in der Schule konfrontiert: Noten! Sobald sich mensch nicht im „Normalrahmen“ bewegt, fängt der Stress an: Druck von allen Seiten ist die Konsequenz. Da wären zum einen die Eltern, die Klasse, in der sich in der Regel ein Konkurrenzkampf oder sogar Mobbing breit macht und nicht zuletzt auch von Seiten der Lehrer_ innen, die das Ganze mit spitzen Bemerkungen auf die Spitze treiben. Dabei verfehlen Noten schon seit langem ihren ursprünglichen Zweck, nämlich ansatzweise eine Vergleichbarkeit herzustellen. Grundsätzlich dienen die Benotung bzw. die Noten nur noch als Druckmittel und Instrument zur Selektion. Obwohl Deutschlands Bildungssystem in der PISA- Studie, zu einem der schlechtesten und selektivsten der Welt deklariert wird, werden von demselben tagtäglich mittels Noten junge Menschen zu gesellschaftlichen „Gewinnern“ und „Verlierern“ abgestempelt. Schon

immer galt als Grundannahme, dass nur diejenigen, die bereit wären, entsprechende Leistungen zu bringen, es am Ende zu was bringen würden. Der springende Punkt an der Sache ist aber, sich im Endeffekt die Frage zu stellen, wie Menschen dazu kommen, gelerntes Wissen, welches in den Bereich der Qualität fällt, in Zahlen, also mit Quantität, zum Ausdruck bringen zu wollen? Nun kann dieser Widerspruch sehr gut am Beispiel eines Test bzw. einer Klassenarbeit erläutert werden: Bestimmte Themen müssen, laut staatlichem Lehrplan, immer in einer bestimmten Zeit „durchgenommen“ werden. Nach Beendigung dieses Zeitraumes wird, unabhängig davon, ob der Stoff auch von allen bzw. zumindest von der Mehrheit verstanden wurde, meist eine so genannte „Lernerfolgskontrolle“ (LEK) vorgenommen. Obwohl die Gewissheit besteht, dass ein Großteil der Schüler_ innen den zum Erfolg nötigen Wissensstand in der vorgegebenen Zeit noch nicht erlangt hat und völlig unabhängig von den individuellen Problemen des_ der Einzelnen oder verschiedenen Krankheitsfällen, wird die Forderung nach vollständigem Wissen über das bestimmte Thema verlangt. Das schlechte Ergebnis liegt nun auf der Hand, da das Wissen mit einem, ihm völlig äußeren Kriterium, nämlich der Zeit in Zusammenhang

gebracht wird und es nicht mehr um das Lernen des Lernens und erst recht nicht um Spaß an der Wissensaneignung geht. Doch genau dieses scheint das Ziel der in der jetzigen Zeit real existierenden Schule zu sein, denn was würde denn passieren, wenn ein Thema wirklich einmal so gründlich und unter Berücksichtigung der individuellen Probleme, behandelt würde, so dass jede_r am Ende eine 1 schreibt? Entweder der Lernzeitraum würde verkürzt, so dass die jeweilige Klausur oder ähnliches früher geschrieben werden würde oder es würde in derselben Zeit einfach mehr Stoff durchgenommen, sodass am Ende auf keinen Fall gleiche Resultate entstehen. Denn Ziel des aktuellen Bildungswesens ist es nicht, das Lernen an sich, das Verstehen zu lehren, sondern die Selektion voranzutreiben, um so die gesellschaftlichen „Gewinner“ und „Verlierer“ zu produzieren.

Lehrer als Störfaktor

Jetzt kommt ein Faktor mit ins Spiel, der bis jetzt in diesem Zusammenhang noch nicht betrachtet wurde: Der_ die Lehrer_ in. An seinem bzw. ihrem Beispiel erläutern wir die Rolle der Subjektivität in dem Ganzen. Dies ist nämlich letztendlich die Instanz, welche über die Zukunft des Schülers bzw. der Schülerin entscheidet. Und genau an dieser Stelle trifft die Subjektivität des Lehrers bzw. der Lehrerin die wichtigste Entscheidung für die Zukunft des jeweiligen Menschen, denn keine_r ist von Vorurteilen ausgenommen, auch Lehrer_innen nicht. Welchen Arbeitgeber oder welche Arbeitgeberin interessiert schon, ob der_ die Schüler_ in dem Lehrkörper sympathisch oder zuwider war, weil er/ sie vielleicht zu viel Widersprochen oder zu viele Fragen gestellt hat, und der_ die Lehrer_ in sie/ ihn deswegen schlecht benotet hat, ob es in im letzten Schuljahr einen plötzlichen Lehrer_innenwechsel gab und die Hälfte der Klasse deswegen

glatt mal 2 Noten schlechter stand oder ob es einen langen Krankheitsfall gab oder einfach nur persönliche Probleme eine große Rolle spielten? Sobald mensch durch das Raster der schulischen bzw. gesellschaftlichen Selektion fällt, hat er/ sie Pech gehabt. In vielen Fällen gibt es keine zweite Chance oder wenn, dann ist sie nur schwer zu bekommen. Wir können also festhalten, dass Noten nicht nur konkurrenzfördernd, selektiv und gleichmachend sind und somit Charakteristisch als Modell der Funktionsweise des gesamten kapitalistischen Gesellschaftssystems agieren, sondern auch noch die Subjektivität des Einzelnen, in diesem Falle des Lehrkörpers, schwer ins Gewicht fällt und somit weder von Chancengleichheit und erst recht nicht von Gerechtigkeit in diesem System, das dem der Gesellschaft so auf den Punkt gleicht, zu sprechen ist.

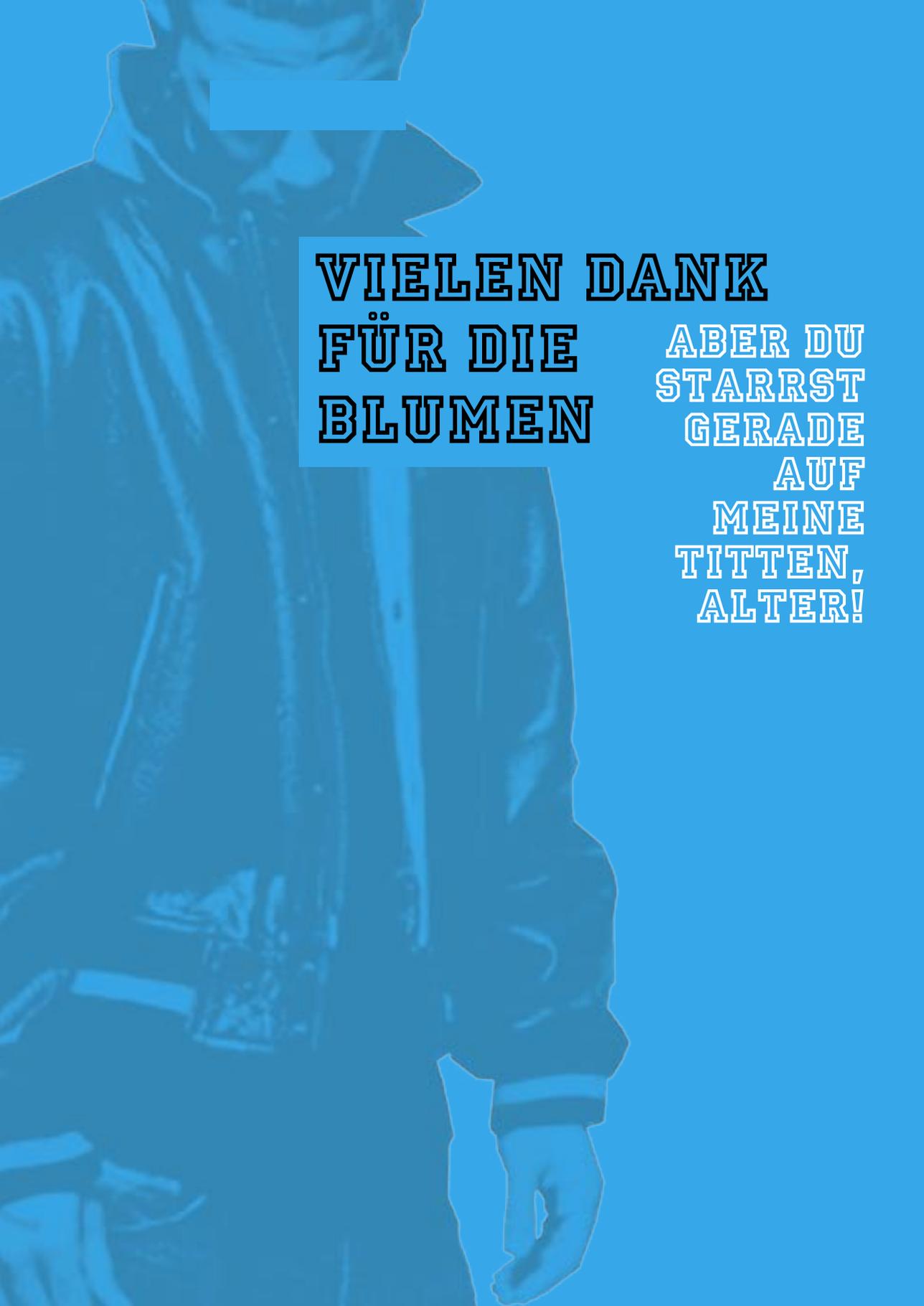
Educate Yourself- Alternativen

Da wir nicht immer nur Kritik anbringen wollen, werden hier im weiteren Verlauf ein paar Verbesserungsvorschläge und Alternativkonzepte vorgestellt. Zum Beispiel gibt es in vielen Ländern, wie zum Beispiel in Dänemark, Finnland, USA, Israel, Russland und vielen mehr, so genannte demokratische Schulen, welche meist nach dem Vorbild der Sudbury Valley Schule organisiert sind. Alle Belange des schulischen Zusammenlebens werden Basisdemokratisch geregelt. Es existiert meist eine wöchentliche Zusammenkunft von allen Lehrer_innen und Schüler_innen, bei der über die Geldverwaltung oder über verschiedene Regeln debattiert wird. Meist gibt es dann noch eine zweite Instanz, zu der auch die Eltern zählen, die dann die Entscheidungen absegnen muss, um diese verbindlich zu gestalten. Um das basisdemokratische Grundkonzept zu erhalten, ist es Jeder und Jedem möglich auf jeden beliebigen Posten gewählt zu werden.

Alles passiert in Absprache mit der gesamten Gemeinschaft. Grundsätzlich ist jedeR befugt, alles zu tun und zu lassen, was ihr bzw. ihm gefällt, solange es nicht die Freiheiten der anderen einschränkt. Auch für die Benotung gibt es an vielen dieser Schulen alternative Konzepte. Zum Beispiel Lern- Entwicklungsberichte, oder das Portfolio- Prinzip, welches repräsentative Arbeiten der Schülerinnen unkommentiert zusammenstellt. Es gibt aber auch Konzeptideen, bei denen die Schüler_innen ihre Lehrer_innen auch bewerten dürfen. Auch existiert ein Zehn- Punkte- Konzept von mehr als hundert bundesweit sozial engagierten Schulen, in dem zum Beispiel die Abschaffung des 45 Minuten Taktes, den Aufbau einer fairen feedback- Kultur, die Auszeichnung von Zivilcourage, die Einführung von Verantwortungsprojekten, sowie bis zur 10. Klasse eine gemeinsame Schule für alle und das alles natürlich bei einem demokratisch geregelten System. Trotzdem haben auch diese Alternativschulen bzw.- Konzepte eins gemeinsam. So wirken sie doch alle zusammen an der Vorbereitung auf ein Leben in einer Gesellschaft, die von Leistungsdruck, Arbeitszwang und dem selben selektiven Raster beherrscht wird, in dem Menschen als gesellschaftliche „Gewinner“ und „Verlierer“ agieren. Deswegen ist es wichtig, autoritäre Strukturen und Konzepte immer kritisch und vor allem ernsthaft zu hinterfragen. Denn dies ist nötig, um emanzipatorische Lösungsansätze zu entwickeln und es nicht zu einer verkürzten Kritik kommen zu lassen. Denn eins haben die Alternativschulen, auch wenn sie nicht perfekt sind, gezeigt: Um Veränderungen bzw. Verbesserungen herbeizuführen sind meistens nur kleine Schritte nötig, die aber gemacht werden müssen.

ein Text der

Autonomen Antifa Bernau



**VIELEN DANK
FÜR DIE
BLUMEN**

**ABER DU
STARRST
GERADE
AUF
MEINE
TITTEN,
ALTER!**

Eigentlich sollte Hip-hop mehr sein als einfach nur Popmusik. Kein inhaltsfreier mainstream, der sich mit laut und scheiße zufrieden gibt. In Parks, alten Fabriken oder auf den New Yorker Straßen der 70er Jahre trafen sich DJs, Rapper, Breakdancer und Graffiti-Künstler um sich Geschichten von der Straße zu erzählen, um zu erzählen wie mensch im Ghetto überlebt. Die Wut und Verzweiflung wurde aggressiv und ungefiltert zum Ausdruck gebracht und eine heute weltweit verbreitete Subkultur entstand.

2006. Der aus dem „sauberen“ Philadelphia stammende DJ Jazzy Jeff bringt das Album „Hip-hop Forever III“, der aus New York stammende Rap-Musiker Nas das Album „*Hip-hop is Dead*“ heraus. Für die einen hat Hip-hop die Welt erobert, für die anderen ist er tot, „...an seiner eigenen Kommerzialisierung erstickt.“⁹ Kommerzieller Gangsterrap hat Hip-hop längst auf Baggy Pants und Goldketten reduziert und nicht nur in den U.S.A. versuchen Rapper mit sexistischen, homophoben und

drogenverherrlichenden Texten zu schocken. „*Deine Meinung von Rap interessiert uns herzlich wenig denn beim Scheißen stellst du dir vor deine Scheiße wär ein Penis.*“ (Sekte) oder „*Titten raus, Titten raus, Fotzen, Fotzen zieht euch aus*“ (King Orgasmus) tönt es aus deutschen Kinderzimmern, Mama und Papa schreiben verzweifelt dem

ZDF: „...die bringen das in die Köpfe von Kindern...“ und diese wiederum laden sich wie blöd Sidos „*Arsch-ficksong*“ als Klingelton runter und wünschen sich den neuen Nike TN8 zum Geburtstag.

Wem soll mensch da noch erklären, dass Hip-hop der Blues von heute, Rapper Poeten und DJ(ane)s ernstzunehmende MusikerInnen sind? Dass einfach „*Nigger*“ und „*Fotze*“ sagen, weil mensch nichts anderes zu sagen hat, nicht krass, sondern krass langweilig ist? Und am besten, dass Sexismus Scheiße ist. Frauen, die nicht das MTV-Ideal anstreben, in der Szene nicht relevant und zum Auslachen freigegeben sind.

Ich weiß, ich weiß („*Komm mal wieder*

runter Digger!“). Hip-hop ist zum Glück nicht tot und auch nicht böse. Er ist nicht vollkommen „*erstickt*“ und auch nicht nur sexistisch. Neuer Stoff (mit denen sich Mama und Papa aber wahrscheinlich auch nicht anfreunden werden) von alternativen Künstlern, die sich dem Trend nicht anpassen und nicht zuletzt weibliche MCs erfrischen die Musik immer wieder. Auch Beatboxing und Freestyle vor Clubs und Schulen ist nicht mehr wegzudenken. Es gibt sie noch, die Geschichtenerzähler der Straße, den Humor den manche nicht vertragen und die Wut die nicht ausgrenzt sondern Rechte fordert.

Bevor ich jetzt anfangen den fetten Schmalzhammer raus zu holen, bring ich lieber noch ein Zitat vom gigantisch-coolen Grandmaster Flash: „*Its like a jungle sometimes, it makes me wonder How I keep from going under.*“

**Ein Text der
Autonomen Antifa Prenzlauer Berg**

Kultür

Youtube-Links

http://www.youtube.com/watch?v=00qdbe91-_o

Wismar: Neonazis versuchen mit Baseballschlägern eine Antifademmo anzugreifen.

<http://www.youtube.com/watch?v=jwPYH54HSp0>

Chemnitz: „Schöner leben ohne Nazi-läden“ Antifa-Demo

<http://www.youtube.com/watch?v=EYfa5qe6F3o>

Kontraste-Reportage über die Moschee-Gegner mit jeder Menge rassistischer Pöbeleien

<http://www.youtube.com/watch?v=SFawWu1qrI>

Abendschau-Beitrag zu den Protesten gegen den Einzug der NPD in 3 Berliner BVVs

<http://www.youtube.com/watch?v=GfwQGafmc04>

Lehrvideo über die richtige Bedienung von Skateboards (russische Skater-Antifas)

<http://www.youtube.com/watch?v=DLZWMabiioI&url=>

Fussball-WM-Nachschlag

<http://youtube.com/watch?v=LYkhmbCtgdg>

Ein kleines Video vom Naziaufmarsch am 18.08.2006 in Prenzlauer Berg.

<http://youtube.com/watch?v=MVctdaBTbdc&mode=related&search=>
„Adolf, du alte Nazisau“-Song

DJ Matatu presents:

Old School Funk'n'Soul, Latin Boogaloo, Salsa, Cumbia, Brasil, BaileFunk, Afrobeat

Immer am 2. Donnerstag des Monats um 22h!!!

Next parties:

Do, 08.02.: *CARNAVAL - „New Orleans meets Brasil“*

Do, 08.03.: *„International Women's Day“ - Female Groove Celebration*

Do, 12.04.: *„Afro-Latin Connection“*

WO: V.U.P. (Pfefferberg)
Schönhauser Allee 176, U2/N
Senefelder Platz

WIEVIEL: 3 Euro



2002, 180 Seiten, 13,50 €, ISBN: 3-924627-06-1

Buchtip: Matthias Küntzel *Djihad & Judenhaß*

Dieses Buch weist nach, daß der Antisemitismus nicht nur eine Beigabe zum modernen Djihadismus darstellt, sondern dessen Kern ausmacht. Im Zentrum steht die 1928 in Ägypten gegründete Organisation der „Muslimbrüder“, die im Kontext der Weltwirtschaftskrise die Idee des kriegerischen Djihad und die Todessehnsucht als Leitideal des Märtyrers neu entdeckt und die wichtigsten gegenwärtigen Djihad-Bewegungen - al-Qaida und Hamas - maßgeblich inspiriert hat. Der antijüdische Wahn der Islamisten ist keinem metaphysischen „Bösen“, sondern einer historisch und systematisch erklärbaren Sichtweise auf den Kapitalismus entsprungen. Er generiert einen antijüdischen Krieg, in welchem nicht nur alles Jüdische als Böse, sondern zugleich alles Böse als jüdisch halluziniert wird: Der „große Satan“ wird nicht nur wegen seiner Unterstützung für Israel, sondern als das imaginierte Zentrum einer materialistisch-egoistischen (ergo: jüdischen) Weltordnung bekämpft.

THOR STEINAR

Während die Neonazis noch vor einigen Jahren mit Glatze, Bomberjacke und Springerstiefeln herumgelaufen sind, hat sich der Klamottenstil in den letzten Jahren sehr gewandelt.

Seit einigen Jahren tragen sie „normale“ Pullover, Jeanshosen und Turnschuhe. Jedoch setzen viele Nazis auf bestimmte Marken. Eine beliebte Marke bei den Neonazis ist „Thor Steinar“, welche vor allem des Logos wegen sehr gern getragen wird. Seit dem 9. Oktober 2002 wird „Thor Steinar“ von dem bekannten Neonazi Axel Kopelke aus Königs Wusterhausen vertrieben. 2003 gründeten er und Uwe Meusel die Firma MediaTex GmbH und ließen die Marke über diesem Namen verkaufen. Neben dem Schriftzug, der auf vielen „Thor Steinar“-Klamotten zu finden



aus Alt mach Neu

ist, findet man das „Thor-Steinar“-Logo. Bis vor einigen Jahren bestand das Logo noch aus der Tyr rune (Todesrune) und der Sig-Rune (Sieg/Lösung). Die Sig-Rune war bis Ende des zweiten Weltkrieges das Abzeichen des „deutschen Jungvolkes“, die doppelte Tyr rune war das Abzeichen der 32. Division der SS.

Betrachtet man dieses Logo näher, kann man aus diesen beiden zusammengesetzten Runen das alte SS-Logo

erkennen. Aufgrund der Vergangenheit dieser beiden Runen, veranlasste das Amtsgericht Königs Wusterhausen am 9. November 2004 eine bundesweite Beschlagnahmung von Kleidung mit diesem Logo.

Am 17. November wurde das Lager von MediaTex gesperrt und das Beweismaterial von der Polizei sicher gestellt. Diese Logo wurde in Berlin und Brandenburg verboten. Aufgrund dieses Beschlusses wurde das alte Logo zurückgezogen. Nun musste Kopelke und Meusel sich an den Entwurf eines neuen Logos machen. Das neue Logo besteht nun aus der Gebo-Rune, an der sich oben und unten zwei Punkte befinden. Dieses Logo ist staffrei und darf weiterhin verkauft werden.

Mittlerweile kann man neben Klamotten für Frauen und Männer auch noch weitere Artikel von „Thor Steinar“ kaufen. Es werden auch Kalender, Rucksäcke, Stofftiere, Gürtel und sämtliche andere Accessoires angeboten. Ebenfalls kann man auch einen Silber-Anhänger kaufen, der eine schwarze Sonne darstellt. Darin ist ein eingearbeitetes „Thor Steinar“-Logo. Die Schwarze Sonne ist ein eindeutiges NS-Symbol und wird noch heute von Neonazis genutzt. Früher wurde sie von der SS als zwölfarmiges Hakenkreuz verwendet oder auch als zwölf Sig-Runen gedeutet. Im Frühjahr/ Sommer 2006 tauchten in der TS-Kollektion T-Shirts mit dem Aufdruck „Südwestafrika“ und „Ostafrika“ auf. Diese beziehen sich auf die deutsche Kolonialgeschichte. „Deutsch-Ostafrika“ bildet die Staaten



die schwarze Sonne

Tansania, Burundi und Ruanda, „Deutsch-Südwest“ ist heute das unabhängige Narnibia.

Die Marke Thor Steinar kann man in rechten Läden, wie dem Harakiri im Prenzlauer Berg, dem Thonsberg am Alexanderplatz und dem Kategorie C in Hohenschönhausen erwerben, um nur ein paar Beispiele zu nennen. Leider wird die Marke „Thor Steinar“ nicht nur in einschlägig rechten Läden verkauft und wird somit auch von vielen „nichtrechten“ Menschen getragen. Somit kann man nicht auseinander halten, welche Leute rechts sind, und welche nicht.

Ein Text der
Autonomen Antifa Prenzlauer Berg



TERMINE

01. Februar // 21:00 // **Bandito Rosso**
(Lottumstr. 10a // U-Bhf Rosa-Luxemburg-Platz)

Solitresen

zur Finanzierung antifaschistischer Arbeit in Prenzlauer Berg

von: AAPB

05. Februar // 19:00 // **JuP**
(Florastr. 84, S&U-Bhf Pankow oder S-Bhf Wollankstr.)

Informations- und Diskussionsveranstaltung

Rassismus - eine Einführung

Am Beispiel der Proteste gegen den geplanten Moscheebau in Pankow-Heinersdorf mit Blick auf die Geschichte von Rassismus

von: EAG & SPUK

09. Februar // 20:00 // **Café Bohne**
(Nordbahnstr. 14, S-Bhf Wollankstraße)

Informationsveranstaltung

Zu den bevorstehenden Aktionswochen in Pankow-Heinersdorf. Danach Café Bohne-Geburtstagsparty mit Reggae, Ragga, Dancehall & Hip-hop

von: Heinersdorf-Bündnis

11. Februar // 18:00 // **Café Größenwahn**
(Kinzigstraße 9 - U-Bhf Samariterstraße)

Veranstaltung

„Geldjuden“, „Mädchenhändler“, „Zeckenschlampen“
Sexismus und Antisemitismus im völkischen Weltbild
Referentin: Tanja Kinzel und Nancy Wagenknecht
(Tacheles Reden)

von: A. G. Gender-Killer

14. Februar // 16:00 // **Dr. Külz Ring (Dresden)**

Antifa-Demo

Deconstruct - Gegen jeden Geschichtsrevisionismus
Anschließend den Nazigroßaufmarsch verhindern!

von: Antifa Dresden

17. Februar // 21:00 // **Kato (U-Bhf. Schlesisches Tor)**

Soli-Party

mit DJ-Clash und live Pop&Electro

von: Aktionswochenbündnis 2007

23. Februar // **Torstraße/Prenzlauer Allee**

Wenn Nazis, dann Antifaaction

Am Todestag des Nazis Horst Wessel wird nicht getrauert. Hoch die Tassen.

weitere Infos: www.aapb.de.vu & www.aiwp.de.vu

23. Februar // 21:00 // **Garage Pankow (Hadligstraße 33 // S&U-Bhf Pankow)**

Antifa-Soli-Party

mit Punk- & Ska-Bands

von: EAG

01. März // 21:00 // **Bandito Rosso (Lottumstr. 10a // U-Bhf Rosa-Luxemburg-Platz)**

Solitresen

zur Finanzierung antifaschistischer Arbeit in Prenzlauer Berg

von: AAPB

03. März // **S & U-Bhf Pankow**

Antifaschistische Demonstration

als Höhepunkt der Heinersdorf-Aktionswochen
weitere Infos unter www.heinersdorf.tk

von: Heinersdorf-Bündnis

13. April // **Garage Pankow (Hadligstraße 33 // S&U-Bhf Pankow)**

G8-Solikonzert

mit Ska & Rock-Bandsweitere

von: [solid]-Pankow

weitere Termine gibts im Netz unter www.stressfaktor.squat.net oder www.berlintermin.tk

LINKS LINKS

Beteiligte Gruppen :

ANTIFA KLEINPANKOW
antifa.kp@web.de

ANTIFASCHISTISCHE AKTION BERNAU
www.antifa-bernaul.tk
kontakt@antifa-bernaul.tk

ANTIFASCHISTISCHE INITIATIVE
WEINROTES PRENZLAUER BERG
www.aiwp.de.vu
aiwp@gmx.de

ANTIFASCHISTISCHE INITIATIVE
REINICKENDORF
www.rantifa.de
antifa_ini_r@yahoo.de

ANTIFASCHISTISCHE SCHÜLERINNEN
INITIATIVE PANKOW
asvberlin@yahoo.de

ANTIFA WEISSENSEE
www.aw.antifa.de
weissensee.antifa@web.de

AUTONOME ANTIFA PRENZLAUER BERG
www.aapb.de.vu
aapb_berlin@web.de

EMANZIPATIVE & ANTIFASCHISTISCHE
GRUPPE
www.antifa-pankow.tk
eag-berlin@no-log.org

INITIATIVE OFFENER KIEZ
www.iok.blogspot.de
buergernetzwerk@gmx.de

JUSOS NORDOST
www.jusos-nordost.de
info@jusos.no.de

[SOLID] PANKOW
www.solid-berlin.org
pankow@solid-berlin.org

Initiativen :

AKTIONSWOCHEN GEGEN
DEUTSCHE ZUSTÄNDE
27.01.-17.02.2007
www.aktionswochen.tk

ANTIFASCHISTISCHES INFOBLATT
www.antifainfoblatt.de

ANTISEXISMUSBÜNDNIS BERLIN
www.antisexismonline.tk

HAGALIL - WEBPROJEKT ZU AKTISEMITIS-
MUS UND RECHTSEXTREMISMUS
www.hagalil.org

HEINERSDORF-BÜNDNIS
www.heinersdorf.tk

INFORIOT - NACHRICHTEN UND TERMINE
FÜR BRANDENBURG
www.inforiot.de

MOBILE BERATUNG GEGEN
RECHTSEXTREMISMUS
www.mbr-berlin.de

REACH OUT - OPFERBERATUNG FÜR OP-
FER RECHTER UND RASSISTISCHER GEWALT
www.reachoutberlin.de

Jugendklubs/Locations :

BAIZ (PRENZLAUER BERG)
Christinensstr. 1
www.baiz.info
mts@baiz.info

BANDITO ROSSO (PRENZLAUER BERG)
Lottumstr. 10a
www.banditorosso.net
info@banditorosso.net

BUNTE KUH (WEISSENSEE)
Parkstraße 24
www.buntekuhverein.de
buntekuh@t-online.de

CAFÉ BOHNE (REINICKENDORF)
Nordbahnstr. 14
Cafe-Bohne@web.de

CAFÉ MORGENROT (PRENZLAUER BERG)
Kastanienallee 85
www.cafe-morgenrot.de
cafe-kollektiv@web.de

DOSTO (BERNAU)
Breitscheidstr. 43
www.dosto.de
dosto@dosto.de

JUP (PANKOW)
Florastraße 43
www.jup-ev.org
info@jup-ev.org

GARAGE (PANKOW)
Hadlichstraße 3
www.garagepankow.de
info@garagepankow.de

KURT LADE KLUB (PANKOW)
Grabbeallee 33
www.kurtladeklub.de
info@kurtladeklub.de

MAXIM (WEISSENSEE)
Charlottenburgerstraße 117
www.im-maxim.de
info@im-maxim.de

ROSEN AUF DEN WEG GESTREUT

KURT TUCHOLSKY

IHR MÜSST SIE LIEB UND NETT BEHANDELN,
ERSCHRECKT SIE NICHT - SIE SIND SO ZART!
IHR MÜSST SIE PALMEN SIE UMWANDELN,
GETREULICH IHRER EIGENART!

PFEIFT EIERM HUNDE, WENN ER SIE ANKLÄFFT:
KÜSST DIE FASCHISTEN, WO IHR SIE TREFFT!

WENN SIE IN IHREN SÄLEN HETZEN,
SAGT, „JA UND AMEN - ABER GERN!
HIER HABT IHR MICH - SCHLAGT MICH IN FETZEN!“
UND PRÜGELN SIE, SO LOBT DEN HERRN.
DENN PRÜGELN IST DOCH IHR GESCHÄFT!
KÜSST DIE FASCHISTEN, WO IHR SIE TREFFT!

UND SCHIESSEN SIE: DU LIEBER HIMMEL,
SCHÄTZT IHR DAS LEBEN SO HOCH EIN?
DAS IST EIN PAZIFISTEN-HIMMEL!
WER MÖCHTE NICHT GERN OPFER SEIN?
UND SPÜRT IHR AUCH IN EUERM BAUCH
DEN HITLERDOLCH, TIEF, BIS ZUM HEFT:
KÜSST DIE FASCHISTEN, WO IHR SIE TREFFT!